



GESCHÄFTSBERICHT

10

DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Im Selbstverlag der Gesellschaft
Kommunalkredit Austria AG
Kommunikation & Marketing
1092 Wien, Türkenstraße 9
Tel.: +43 (0)1/31 6 31, Fax-DW: 503
communication@kommunalkredit.at
www.kommunalkredit.at

Herstellung:

Grasl Druck & Neue Medien
Druckhausstraße 1, 2540 Bad Vöslau
Gedruckt mit Farben ohne gefährlichen
Inhaltsstoffen auf 100%-Recyclingpapier

Gestaltung:

Czerny Plakolm Werbeagentur GmbH
1030 Wien, Ungargasse 59-61



Dieses Produkt entspricht dem Österreichischen Umweltzeichen für schadstoffarme Druckprodukte (UZ 24)
Grasl Druck & Neue Medien, Bad Vöslau, UW-Nr. 715

VORWORT DES VORSTANDES	5
ORGANE DER GESELLSCHAFT	7
LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2010	9
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
Kommunale Rahmenbedingungen	10
Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	12
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	16
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	18
Zweigniederlassungen	20
Forschung und Entwicklung	20
Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	20
Risikomanagement	20
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)	30
Nachhaltigkeit	31
Compliance und Geldwäsche	32
Prognosebericht	32
Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung	34
EINZELABSCHLUSS DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG NACH BWG	35
Bilanz	36
Gewinn- und Verlustrechnung	39
ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2010	41
BESTÄTIGUNGSVERMERK	58
ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	60



VORWORT DES VORSTANDES

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Ihnen den Jahresbericht 2010 der Kommunalkredit Austria AG (KA) vorzulegen. Der folgende Bericht deckt das erste volle Geschäftsjahr der Bank nach der intensiven Restrukturierung im Jahr 2009 ab. Aus der Spaltung der vormaligen Kommunalkredit ist die heutige Kommunalkredit Austria AG hervorgegangen. In dieser Einheit ist das strategische kommunale Geschäft gebündelt und wird mit Schwerpunkt auf dem Kommunal- und Infrastrukturprojektgeschäft weiter ausgebaut. Dies im freien Wettbewerb des Marktes und ohne jegliche staatliche Unterstützung, insbesondere im Hinblick auf die Refinanzierung der Bank. Ebenso stand für das Jahr 2010 der Abschluss des Beihilfeverfahrens mit der Europäischen Wettbewerbskommission auf der Agenda. Des Weiteren waren die Aktivitäten der Kommunalkredit Public Consulting (KPC) auf hohem Qualitätsniveau fortzuführen und zu erweitern. Es ist erfreulich, dass am Ende eines intensiven Arbeitsjahres allen Zielen entsprochen werden konnte bzw. die budgetären Ertragsziele überschritten wurden.

Der Fokus im Kommunalen- und Infrastrukturprojektgeschäft lag plangemäß auf den Sektoren

- Soziale Infrastruktur,
- Energie und Umwelt und
- Verkehr.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte ein Finanzierungsvolumen von EUR 810 Mio. neu auf die Bücher genommen werden. Nach plangemäßer Abreifung von Altbeständen resultierte ein Zuwachs des Darlehensvolumens um 4 % auf EUR 10,4 Mrd. Zukunftsweisende Marktinitiativen konnten realisiert werden. Beispielhaft erwähnt sei die „Initiative Licht“; in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund sowie dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie wurden österreichweit Informationsveranstaltungen abgehalten. Darin wurden effiziente Finanzierungsstrukturen für Verbesserungs- und Erneuerungsinvestitionen im

Bereich der öffentlichen Beleuchtung auf Basis zukunftsweisender Technologien aufgezeigt. Die resultierenden Energieeinsparungen von 50 % bis 70 % erlauben nicht nur eine rasche Amortisierung der Investitionskosten aus diesen Ersparnissen, sondern leisten zudem einen wesentlichen und nachhaltigen Beitrag zur Kosten- und Energieeffizienz öffentlicher Lichtinfrastruktur. Auf dem Sektor der sozialen Infrastruktur wurde eine Reihe von Pflegeinstitutionen auf Betreibermodellbasis, unter Beiziehung privater Investoren, finanziert. Generell ist die Kommunalkredit der Überzeugung, dass mit der angespannten budgetären Situation kommunaler und öffentlicher Haushalte sowie dem Erreichen öffentlicher Verschuldungsgrenzen die Erweiterung der Finanzierungsbasis für öffentliche Infrastrukturinvestitionen erforderlich ist. Situationsspezifische, auf die Bedürfnisse der jeweiligen Kundensituation ausgerichtete Lösungsansätze sind dabei erforderlich. Die strategische Neupositionierung der Kommunalkredit entspricht diesen Anforderungen. Unsere Servicepalette auf den Sektoren

- Budget- und Infrastrukturberatung,
- vielfältige Finanzierungslösungen,
- Treasury-Dienstleistungen sowie
- Förderungsmanagement

ist dabei eine wichtige Basis mit hoher Zukunftsrelevanz.

Die Refinanzierung der Bank konnte in einem nach wie vor volatilen Marktumfeld positiv gestaltet werden. Insbesondere wurde dem Anspruch, dies ohne jegliche öffentliche Unterstützung durchzuführen, voll entsprochen. Im Februar 2011 wurde erstmals nach der Restrukturierung eine Covered-Bond-Anleihe über EUR 500 Mio. mit fünfjähriger Laufzeit erfolgreich begeben. Das Jahresergebnis nach IFRS-Rechnungslegung lag mit EUR 24,7 Mio. erfreulich über den Budgetwerten. Das Jahresergebnis gemäß UGB war ausgeglichen. Dies nach Bildung einer Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG (Pauschalvorsorge) in Höhe von EUR 27 Mio. Eine derar-

tige Vorsorge ist nach IFRS-Rechnungslegungskriterien nicht möglich. Es gab während des Geschäftsjahres keine Kreditausfälle; die Dotierung der Pauschalvorsorge dient gemäß BWG der Abdeckung bankgeschäftlicher Risiken.

Des Weiteren wurde eine Rückstellung für kompensatorische Eigenleistungen der Kommunalkredit an die Republik Österreich für erhaltene Staatshilfe unter dem EU-Beihilferecht im Ausmaß von EUR 3,2 Mio. gebildet. Diese Rückstellung ist sowohl nach IFRS als auch nach UGB aufwandswirksam. Derartige Eigenleistungen sind bis zur anstehenden Privatisierung der Kommunalkredit auch in Zukunft zu erbringen. Zudem werden, ebenso den EU-Beihilfebestimmungen entsprechend, in dieser Periode keine Kuponzahlungen auf Partizipations- und Ergänzungskapital erfolgen. Die Kommunalkredit hat kein staatliches Partizipations- und Ergänzungskapital aufgenommen. Das Partizipationskapital der Kommunalkredit wird von privaten institutionellen Investoren gehalten. Die Bank ist sich ihrer Verantwortung gegenüber diesen Investoren bewusst und bestrebt, diese Instrumente baldmöglichst wieder zu bedienen. Der Steueraufwand nach UGB beträgt EUR 1,8 Mio. In Zukunft wird von der Kommunalkredit neben dem laufenden Steueraufwand auch die im Geschäftsjahr 2010 beschlossene Stabilitätsabgabe an die Republik Österreich zu leisten sein. Eine vorläufige Berechnung für das Geschäftsjahr 2011 ergibt einen diesbezüglichen Aufwand von EUR 7,4 Mio. Der Aufwand für die nächsten drei Jahre, auf Basis der schon festgelegten Berechnungsparameter, wird in Summe EUR 22,2 Mio. betragen.

Das Beihilfeverfahren mit der Europäischen Union konnte mit der am 31. März 2011 seitens der Europäischen Wettbewerbskommission erhaltenen Bestätigung erfreulicherweise abgeschlossen werden. Während des Geschäftsjahres 2010 wurden intensive Prüfverfahren durchgeführt. Im „Impaired-Asset-Verfahren“ wurde die Preisfestlegung für Wertpapierbestände in der Abspaltung überprüft; ebenso wurden umfangreiche Szenariorechnungen für die Kommunalkredit durchgeführt. Die zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Kommission vereinbarten Auflagekriterien entsprechen dem Restrukturierungsplan und den in der EU üblichen Usancen. Die Privatisierung der Bank ist mittelfristig angestrebt.

Die Kommunalkredit Public Consulting (KPC) ist spezialisierter Anbieter für das Management von Förderungsprogrammen sowie als Beratungsdienstleister für internationale Organisationen und Finanzinstitutionen tätig. Dabei hat sich die KPC vor allem auf den Umwelt- und Klimaschutzbereich sowie auf den internationalen Carbon-Markt spezialisiert und konnte ihr Leistungsprofil weiter positiv ausbauen. Im Jahr 2010 wurden 33.000 Einzelanträge geprüft; bei 16.000 Anträgen wurden richtlinienkonform Förderungen im Ausmaß von EUR 489 Mio. ausbezahlt. Dessen stand ein Investitionsvolumen von EUR 2,1 Mrd. gegenüber. Die 50%ige Tochtergesellschaft Kommunalnet E-Government Solutions GmbH (Kommunalnet) ist das führende Arbeits- und Informationsportal für österreichische Kommunen; 50 % halten der Österreichische Gemeindebund und Landesverbände. Kommunalnet hat rund 10.000 registrierte Nutzer aus 2.115 Gemeinden und damit eine ausgezeichnete Marktposition in ihrem Zielsegment.

Aufbauend auf der breiten Kundenbasis im kommunalen Bereich sowie in enger Zusammenarbeit mit kommunalen und infrastrukturellen Projektträgern und -betreibern wird die Kommunalkredit weiterhin ihren Kunden lösungsorientierte Dienstleistungen bieten. Dieser projektbezogene Ansatz ist vor allem in Perioden knapper öffentlicher Budgets von zunehmender Bedeutung. Damit ist die Kommunalkredit strategisch sehr gut und zukunftsorientiert positioniert. Die Spezialisierung auf die Segmente Soziale Infrastruktur, Energie & Umwelt sowie Verkehr und der steigende Bedarf in diesen Bereichen unterstreichen diese Orientierung. Der Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalkredit werden sich dieser lohnenden Aufgabe weiterhin mit großem Engagement und hoher Einsatzfreude widmen.

Wir möchten uns bei Aktionären, Aufsichtsrat, Kunden und Marktpartnern für die Unterstützung und Zusammenarbeit während des letzten Jahres herzlich bedanken. Der Vorstand möchte ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für den engagierten Einsatz während des Jahres danken; vielen außergewöhnlichen Anforderungen und Belastungen wurde erfolgreich entsprochen. Dieser Einsatz bildet die Basis für den zukünftigen Erfolg. Auf die weitere positive Zusammenarbeit mit unseren Kunden und Marktpartnern freuen wir uns.

Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



ORGANE DER GESELLSCHAFT

VORSTAND

Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

AUFSICHTSRAT

KR Dr. Klaus Liebscher
Aufsichtsratsvorsitzender
(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkt-
beteiligung AG)

KR Adolf Wala
Stv. Aufsichtsratsvorsitzender
(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkt-
beteiligung AG)

Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemein-
debundes,
Bürgermeister der Gemeinde Hallwang)

Dir. Mag. Werner Muhm
(Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundes-
arbeiter-
kammer)

Dir. DI Herbert Paierl
(Exec. Vice President Cosma Europe/Magna)

Dir. Mag. Georg Schöppl
(Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste)

Franz Hofer (vom Betriebsrat entsandt)

DI Martin Öhlknecht (vom Betriebsrat entsandt)

Christine Sipek (vom Betriebsrat entsandt)

STAATSKOMMISSÄR

Dr. Edeltraud Lachmayer (seit 1. Juli 2010)

Staatskommissärin,
Bundesministerium für Finanzen

Mag. Elisabeth Ottawa (seit 1. Juli 2010)

Staatskommissärin-Stellvertreterin,
Bundesministerium für Finanzen

REGIERUNGSKOMMISSÄR FÜR DEN DECKUNGSSTOCK FÜR FUNDIERTE BANKSCHULDVERSCHREIBUNGEN

Mag. Peter Istjan (seit 1. Juli 2010)

Regierungskommissär,
Bundesministerium für Finanzen

Mag. Peter Brandner (seit 1. Juli 2010)

Regierungskommissär-Stellvertreter,
Bundesministerium für Finanzen



LAGEBERICHT

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Im Jahr 2010 setzte sich die Ende 2009 begonnene Erholung der Weltwirtschaft fort. Die umfassenden Maßnahmen der Regierungen und Zentralbanken zeigten ihre Wirkung und führten zu erneutem Wirtschaftswachstum. Nach einem Rückgang des Bruttoinlandproduktes (BIP) im Euroraum im Jahr 2009 von 4,1 % geht das Statistische Amt der Europäischen Union (EUROSTAT) für das Jahr 2010 von einem Anstieg des BIP um 1,8 % gegenüber 2009 aus.

Österreich zählt, laut dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), zu den Top-5 der EU-Länder, die die Wirtschaftskrise am besten bewältigt haben. Das Greifen staatlicher Maßnahmen, die relativ stabile private Konsum-

nachfrage und die steigenden Exporte ergaben für das Jahr 2010 eine deutliche Konjunkturerholung. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Wirtschaftsleistung in Österreich insgesamt um 2,0 % gegenüber einem Rückgang von 3,9 % im Jahr 2009.

Aufgrund der weiterhin angespannten Lage des Finanzsystems, erst langsam beginnender Investitionstätigkeit der Unternehmen und der erforderlichen Einschränkungen öffentlicher Budgets wegen hoher Schuldenstände ist eine nachhaltige Erholung mit Unsicherheit behaftet. EUROSTAT geht für das Jahr 2011 von einem Wachstum im Euro-Raum von 1,5 % aus; für Österreich wird ein Wachstum von 1,7 % prognostiziert.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Auch auf den internationalen Finanzmärkten setzte sich im Jahr 2010 die Ende 2009 begonnene Stabilisierung infolge der staatlichen Unterstützungsprogramme für den Finanzsektor weiter fort, begleitet von einer weiterhin expansiven Geldpolitik der Notenbanken. Die Europäische Zentralbank leistete weiterhin außerordentliche geldpolitische Maßnahmen und unterstützte die Märkte mit Liquidität.

Anfang 2010 führte jedoch die Budgetsituation einzelner europäischer Staaten, ausgehend von Griechenland, in der Europäischen Union zu besonderen Maßnahmen. Nachdem der Euro im Jänner 2010 noch einen Höchststand von USD 1,46 erreichte, fiel die Parität bis Anfang Juni 2010 auf USD 1,19 und damit auf den tiefsten Stand seit März 2006, lag jedoch noch immer auf dem Niveau der Anfangsparität von USD 1,18 am 1. Jänner 1999. Ab März 2010 fanden Verhandlungen auf europäischer Ebene mit Bezug auf die griechischen Staatsfinanzen statt. Diese führten in Zusam-

menarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds zu einem Maßnahmenpaket von EUR 110 Mrd. In weiterer Folge implementierten die Mitgliedsländer der EU ein Stabilitätsprogramm (European Financial Stability Facility – EFSF) im Ausmaß von EUR 750 Mrd., das die Refinanzierungssituation peripherer Länder stabilisieren sollte. Diese Maßnahmen führten zum Ende März 2011 beschlossenen ESM (European Stability Mechanism), welcher ab 2013 Gültigkeit haben wird. Im Jänner 2011 nahm Irland Mittel aus dem EFSF in Anspruch. Anfang April 2011 folgte Portugal. Insgesamt wirkten die getätigten Maßnahmen der Europäischen Union positiv. Der Wechselkurs des Euro hat sich stabilisiert und lag im Verhältnis zum Dollar seit Beginn des Jahres 2011 nicht unter USD 1,29.

Die Geldmarktsätze verharrten bis zum ersten Quartal 2010 auf niedrigem Niveau. Nachdem der 3-Monats-EURIBOR unter dem EZB-Leitzins von 1 % lag, begann er

ab dem zweiten Quartal anzusteigen und überschritt im Oktober 2010 die 1-%-Schwelle auf bis zu 1,05 % im November 2010. Zu Jahresende lag der 3-Monats-EURIBOR bei 1,0 %. Die US-Federal-Reserve beließ, wie schon im Jahr 2009, das Leitzinsband das ganze Jahr hindurch auf dem Rekordtief von 0 % bis 0,25 %.

Im Vergleich zu den Geldmarktsätzen blieben die Kapitalmarktsätze auf Jahressicht fast unverändert. Der zehnjährige Euro-Swapsatz fiel von 3,58 % Anfang 2010 auf 2,32 % Ende August und beendete das Jahr bei 3,32 %. Insgesamt ist für das Jahr 2011, angesichts steigender Preistendenzen, mit einem Anstieg des Zinsniveaus zu rechnen.

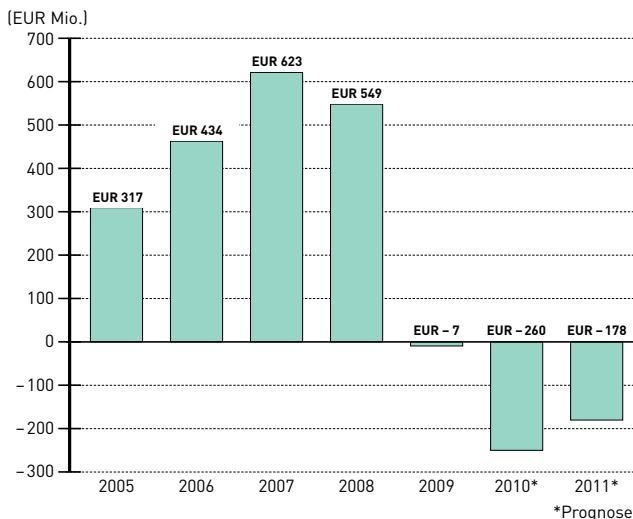
KOMMUNALE RAHMENBEDINGUNGEN

Dem Marktumfeld entsprechend war 2010 die finanzielle Lage der Kommunen und öffentlichen Haushalte angespannt. Der Gemeindefinanzbericht 2010 der Kommunalcredit Austria AG (KA) zeigt, dass sich die freie Finanzspitze (Saldo der laufenden Gebarung nach Tilgungen) rascher als erwartet ins Negative drehte. Nach einem Wert von EUR – 7 Mio. im Jahr 2009 wird für die Jahre 2010 und 2011 trotz verbesserter Grunddynamik ein negativer Wert von EUR – 260 Mio. bzw. EUR – 178 Mio. erwartet. Diese Entwicklung beruht auf der budgetär bedingten Reduktion der Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich; die dominanten Faktoren sind jedoch die steigenden Ausgaben insbesondere in den Bereichen soziale Wohlfahrt und Gesund-

heit. Für diese beiden Komponenten stiegen die Nettoausgaben überproportional um 8,8 % bzw. 6,6 % auf insgesamt EUR 2,3 Mrd. und umfassen damit 31 % der gesamten Nettoausgaben.

Insgesamt reduzierten sich die Gesamteinnahmen abzüglich Schuldenaufnahmen im Vergleich zum Vorjahr leicht um 1,1 % oder EUR 166 Mio. auf EUR 15,6 Mrd., während die Gesamtausgaben abzüglich Tilgungen um EUR 131 Mio. auf EUR 16,1 Mrd. gestiegen sind. Damit liegen die Gesamtausgaben um EUR 502 Mio. über den Gesamteinnahmen. Dieser Differenzbetrag hat sich gegenüber 2008 mehr als verdoppelt, es wird mit einem Fortbestand dieses strukturellen Defizits gerechnet.

Entwicklung der freien Finanzspitze (ohne Wien, in EUR Mio.)



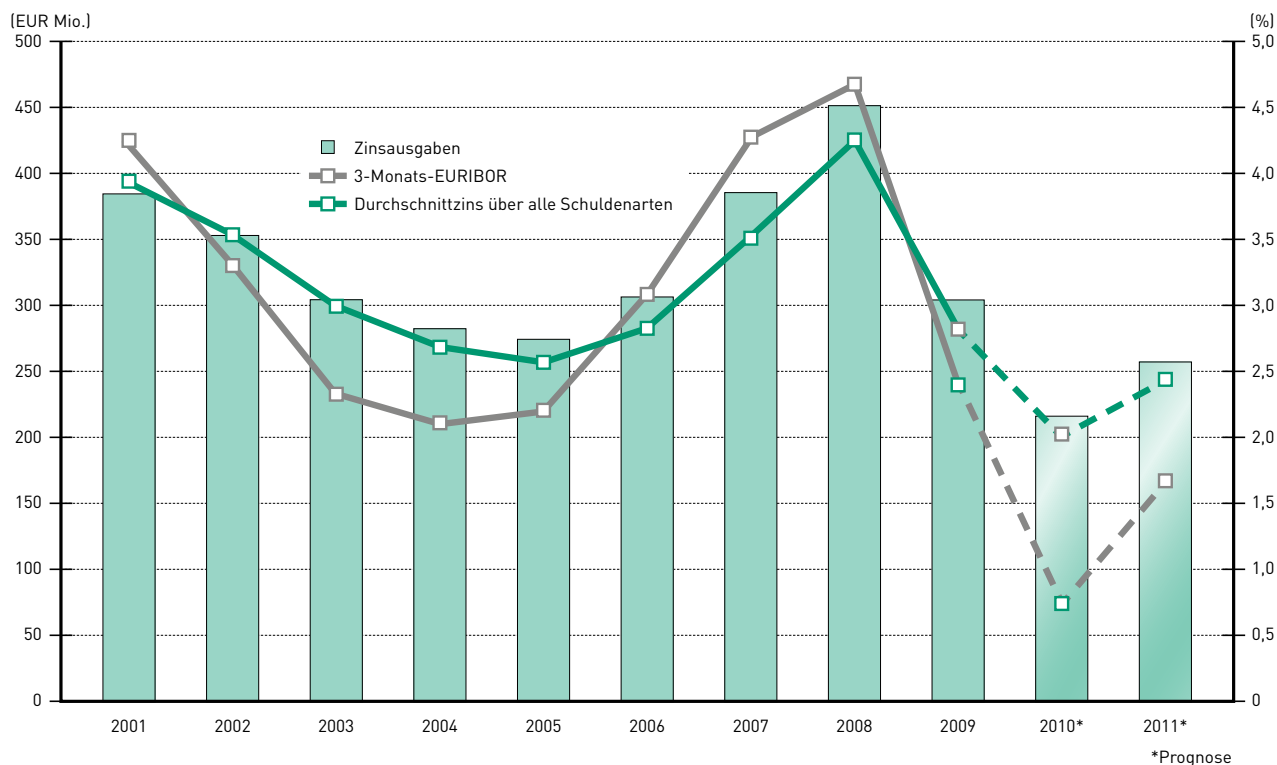
Quelle: Gemeindefinanzbericht 2010 der Kommunalcredit Austria AG
Freie Finanzspitze: Saldo der laufenden Gebarung abzüglich der Tilgungszahlungen; Maßzahl für den budgetären Handlungsspielraum einer Gemeinde

Zu beachten ist zudem, dass diese negative Entwicklung ohne die Vorteile aus dem gegenwärtig niedrigen Zinsniveau noch ausgeprägter wäre. So reduzierte sich der Durchschnittszinssatz auf die kommunalen Finanzschulden, welche 2009 EUR 11,5 Mrd. betragen, von 4,1 % im Jahr 2008 auf 2,7 % im Jahr 2009. Daraus resultierte ein um 34,5 % oder EUR 147 Mio. reduzierter Zinsaufwand. Diese Zinsersparnis hat sich im Jahr 2010 fortgesetzt und wird auf rund EUR 220 Mio. gestiegen sein.

Der in Zukunft zu erwartende Anstieg des Zinsniveaus wird jedoch diese positiven Effekte zunehmend kompensieren und stellt daher ein beträchtliches Bedrohungspotenzial in der kommunalen Finanzstruktur dar; dies verdient entsprechende Beachtung.

Zu betonen ist, dass nach wie vor kein Problem in der Finanzierbarkeit der kommunalen Erfordernisse besteht und die Kommunen attraktive Kreditkonditionen genießen. Das sich abzeichnende strukturelle Defizit aus Einnahmen und Ausgaben ist jedoch nicht längerfristig vertretbar, da dies die

Zinsausgaben der Gemeinden ohne Wien (in EUR Mio.) und Zinssätze (in %)



Quelle: Gemeindefinanzbericht 2010 der Kommunalkredit Austria AG

Stabilität und Leistungsfähigkeit der wichtigen kommunalen Strukturen in Frage stellen würde. Die im Finanzbericht aufgezeigte zunehmende Ausgabenschere muss daher durch ein grundlegendes Überdenken der Aufgabenverteilung zwischen den öffentlichen Leistungsträgern (Kommunen, Länder, Bund) adressiert werden. Zunehmend ausgedehnte Leistungskataloge können ohne entsprechende Sicherung der Finanzierung nicht länger den Kommunen übertragen werden. Eine direkte Einflussmöglichkeit der Verantwortlichen auf kommunaler Ebene auf die Leistungserstellung und Leistungsabgeltung erscheint wünschenswert.

Neben der Kostenstruktur muss die Dynamik aus der demografischen Entwicklung zusätzlich berücksichtigt werden, da daraus naturgemäß eine verschärfte Kostenbelastung entstehen wird. Der Gemeindefinanzbericht 2010 zeigt, dass bis zum Jahr 2030 der Anteil der Über-65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von derzeit 18 % auf 25 % steigen wird. Gleichzeitig werden verstärkte Wanderungs-

effekte in Richtung Ballungszentren und Umlandgemeinden erwartet, während strukturschwache ländliche Regionen von Abwanderung betroffen sein werden.

Um die Leistungsfähigkeit der Kommunen und das bestehende hohe Serviceniveau abzusichern, gebührt den aufgezeigten Herausforderungen große Aufmerksamkeit. Die KA als Kompetenzzentrum für das kommunale und infrastrukturnahe Projektgeschäft verfolgt diese Entwicklungen entsprechend. Für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sind, auch aufgrund der Verschuldungsgrenzen öffentlicher Haushalte, neue Lösungsansätze erforderlich – dies insbesondere durch projektmäßig strukturierte Lösungen, wodurch die Finanzierungsbasis für öffentliche Infrastruktur verbreitert werden kann.

WESENTLICHE EREIGNISSE DES GESCHÄFTSJAHRES

Geschäftsverlauf 2010

Seit 28. November 2009 agiert die Kommunalkredit Austria AG (KA) als Kompetenzzentrum für das Kommunale und als Anbieter von Lösungen in der kommunalen und infrastrukturnahen Projektfinanzierung. Sie verfügt über ein versiertes Team, dessen Beratungs- und Fachkompetenz bei Kunden und Marktteilnehmern hohe Anerkennung findet. Es bestehen enge Kundenbeziehungen zu mehr als zwei Drittel der österreichischen Kommunen und zusätzlich zu allen führenden Infrastruktur- und Projektträgern und -betreibern des Landes sowie zu öffentlichen Entscheidungsträgern im kommunalnahen und infrastrukturnahen Bereich.

Das Jahr 2010 war das erste vollständige Geschäftsjahr der KA nach erfolgreichem Abschluss der Spaltung im November 2009. Die Konzentration lag daher 2010 voll auf dem Ausbau des strategischen Kerngeschäftes der Bank. Die Geschäftsaktivität fokussiert insbesondere auf die Bereiche:

- Soziale Infrastruktur (Pflegeheime, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen)
- Energie & Umwelt (nachhaltige Energieträger)
- Verkehr (Straße, Schiene)

Im Zentrum des Leistungsprofils stehen Budget- und Infrastrukturberatung, vielfältige Finanzierungslösungen, Treasury-Dienstleistungen und Förderungsmanagement (über die 90%ige Tochter Kommunalkredit Public Consulting GmbH).

Auf Basis der erfolgten Neupositionierung der Bank hin zum kommunalen und infrastrukturnahen Projektgeschäft ist die KA sehr gut für die gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Herausforderungen positioniert. Bei begrenzten budgetären Rahmenbedingungen gewinnt die Umsetzung von öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Infrastrukturmaßnahmen über Projektstrukturen rasch und zunehmend an Bedeutung.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Neuauszahlungen in Höhe von EUR 810 Mio. gebucht. Im Zentrum des Neugeschäftes standen Infrastrukturprojekte aus den Bereichen Gesundheit, Energie und Verkehr sowie öffentliche Finanzierungen. Ebenso konnte die Infrastrukturberatungsgruppe ihre Tätigkeit erfolgreich ausbauen.

Die regionale Verteilung der Neuauszahlungen betrug:

- 62 % Österreich
- 38 % Ausland (v. a. Deutschland, EU-Nachbarländer, Schweiz)

Im Jahr 2010 wurden mehrere Vertriebsinitiativen gestartet. Insbesondere hervorzuheben sind:

- „Initiative Licht“ im Bereich Energie & Umwelt
In Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem FEEL – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie hat die KA im Jahr 2010 die „Initiative Licht“ gestartet. Hierbei werden Gemeinden und Städte bei der budgetschonenden Modernisierung ihrer öffentlichen Beleuchtung, das betrifft vor allem Gemeindeämter, Schulen, Kindergärten, Pflegeheime sowie die Beleuchtung öffentlicher Straßen und Plätze, unterstützt. Die Umstellung auf hochwertige, moderne Beleuchtung bedeutet eine deutliche Steigerung der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger und bringt für die Gemeinden zusätzlich Energie- und Kosteneinsparungspotenzial.
- Führende Projekte im Bereich Pflege
Als Österreichs Bank für Infrastruktur ist die KA insbesondere auch auf Projekte aus dem Gesundheits-/Pflegebereich spezialisiert. Im Zentrum steht die beste Lösung für eine haushaltsschonende Umsetzung öffentlicher und privater Projekte im Bereich der sozialen Infrastruktur. So finanziert sie in Rechnitz/Burgenland nach Neudörfel und Oberpullendorf bereits das dritte Pflegeheim der Burgenländische Pflegeheim Betriebs-GmbH. An allen drei Standorten wurden bzw. werden die räumlichen Gegebenheiten um-, aus- und neu gebaut und damit wesentlich verbessert. Zudem kommen in allen Heimen neue Pflegekonzepte, die in erster Linie auf Lebensqualität und Geborgenheit basieren, zur Umsetzung. Alle drei Projekte sind Beispiele für die erfolgreiche Projektrealisierung auf Basis privatwirtschaftlicher Modelle in Zusammenarbeit zwischen Land Burgenland/KRAGES (Burgenländische Krankenanstalten-Gesellschaft m.b.H.), VAMED Management und Service GmbH & Co KG (Eigentümer der Burgenländische Pflegeheim Betriebs-GmbH) und der KA.

- Finanzierung von Neubau oder Sanierung von Schulen
Die KA ist auch auf internationaler Ebene ein aktiver Partner für Projektlösungen. Beispielsweise finanziert sie gemeinsam mit einem Konsortium das umfangreiche PPP-Programm der flämischen Regierung zum Bau bzw. zur Sanierung von rund 200 Schulen. Das Programm, das unter Einbindung von 211 Schulverbänden in den nächsten sechs Jahren umgesetzt wird, soll das flämische Schulwesen zu einem der modernsten in Europa machen. Finanziert wird dieses internationale Vorzeigeprojekt in der Bauphase ohne Haftungen der öffentlichen Hand. Die Schulgemeindev Verbände treten stattdessen ab Fertigstellung in ein langfristiges Mietverhältnis mit dem Projektentwickler ein. In Zeiten knapper Budgets stellt dies für den Haushalt der flämischen Gemeinden eine deutliche Entlastung dar.
- Finanzierung des Ausbaus transeuropäischer Hauptverbindungen
Im Rahmen des Bereichs Verkehr beteiligt sich die KA an der Finanzierung von wichtigen Projekten zum Ausbau der transeuropäischen Hauptverbindungen. Beispiel dafür ist die Finanzierung des slowenischen Autobahnbetreibers DARS zum Ausbau und zur Erneuerung des slowenischen Autobahnsystems, u. a. zwischen der österreichischen Grenze und Maribor. Durch diesen Ausbau werden Regionen und Standorte auf beiden Seiten der Grenze gestärkt und die Handelswege Österreichs nach Slowenien und in den Westbalkan optimiert. Für die KA ist diese Investition ein weiterer wichtiger Beitrag, sich als Österreichs Bank für Infrastruktur nicht nur in Österreich, sondern auch in den Nachbarstaaten zu positionieren.
- Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank ausgebaut
Die KA ist Partner internationaler Finanzinstitutionen – insbesondere der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBRD) – bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten. Im Jahr 2010 wurde die Partnerschaft mit der EIB ausgebaut und ein weiteres EIB-Globaldarlehen in Höhe von EUR 50 Mio. abgeschlossen. Das Darlehen wird zur Förderung von kommunalen und infrastrukturnahen Projekten in den Bereichen Infrastruktur, Umweltschutz, Energie, Gesundheit, Bildung und kommunaler Wohnbau verwendet. Die Kooperation mit der EIB ist ein wesentlicher strategischer Aspekt im Restrukturierungskonzept der KA.

Abschluss der gesellschaftsrechtlichen Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt)

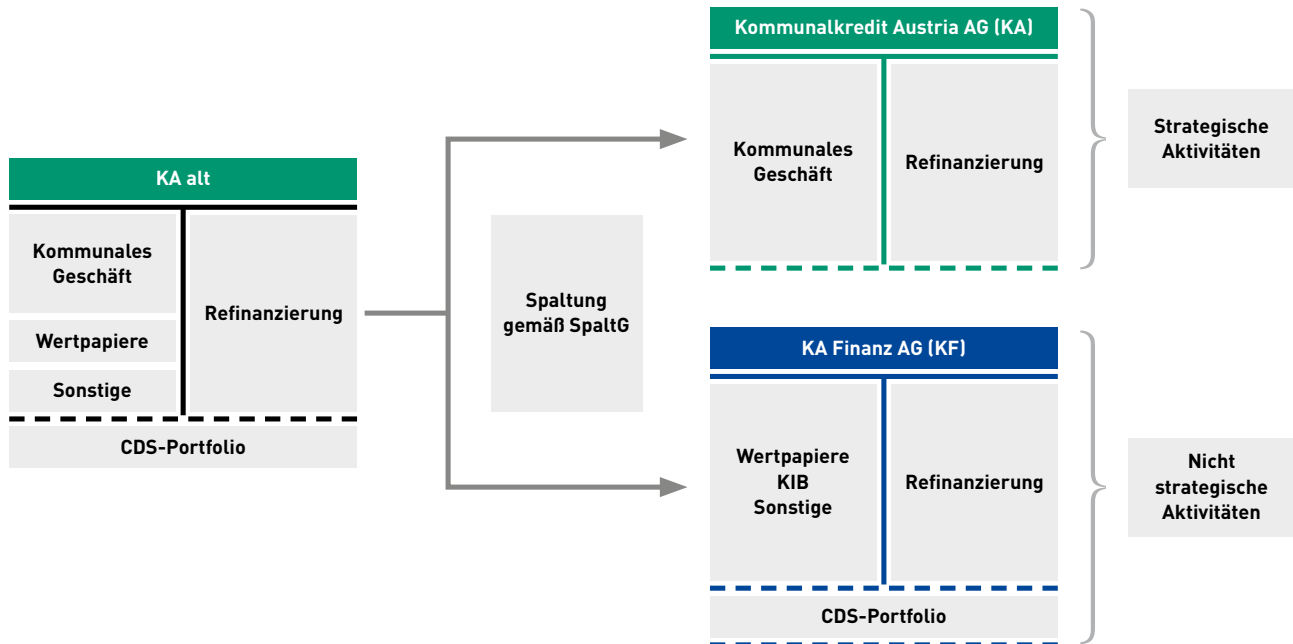
Im Zuge der internationalen Finanzkrise ergab sich für die vormalige Kommunalkredit Austria AG (KA alt – heutige KA Finanz AG) im Oktober 2008 eine akute Liquiditätsverknappung, verstärkt durch Bewertungs- und Impairmentverluste im Wertpapierportfolio und erstmals auftretende Spreadausweitungen im CDS-Portfolio. Die Situation konnte nur durch rasch umgesetzte Stützungsmaßnahmen der Republik Österreich behoben werden.

Die Republik Österreich unterzeichnete daher am 3. November 2008 einen Kaufvertrag zum Erwerb der Anteile der damaligen Aktionäre Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Wien, und Dexia Crédit Local, Paris, an der KA alt um je EUR 1,-. Der Eigentumsübergang der Aktien erfolgte mit 5. Jänner 2009. Die Republik Österreich hält somit seit 5. Jänner 2009 99,78 % der Anteile der KA alt. Die restlichen 0,22 % sind im Besitz des Österreichischen Gemeindebundes verblieben.

Im Frühjahr 2009 wurde entsprechend den Erfordernissen des FinStaG (Finanzmarktstabilitätsgesetz) und den Leitlinien der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wettbewerb) der Restrukturierungsplan für die Bank erarbeitet, welcher – nach Zustimmung des Aufsichtsrates – vom Bundesministerium für Finanzen im Juni 2009 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht wurde. Im Einzelnen hatte die Sanierung und Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit Austria die folgenden Ziele:

- Vermeidung von volkswirtschaftlichem Schaden
- Minimierung der Beanspruchung von Ressourcen der öffentlichen Hand
- Keine Verlustrealisierungen in einem „distressed market“
- Höchstmöglicher Eigenbeitrag der Bank
- Repositionierung des Geschäftsmodells und Ausrichtung der neuen Kommunalkredit Austria AG auf kommunales und infrastrukturnahes Projektgeschäft

Die bestmögliche Umsetzung dieser Ziele war durch eine Trennung in „strategische“ und „nicht strategische“ Geschäftsbereiche zu erreichen. Das nicht strategische Geschäft (Wertpapier- und CDS-Portfolio) sowie die Beteiligung an der Kommunalkredit International Bank Ltd (KIB) verblieben in der nunmehrigen KA Finanz AG. Die KIB wurde am 18. September 2010 in die KA Finanz AG fusioniert. Die Finanzierungs- und Betreuungsaktivitäten von Kommunen wurden in die frühere Kommunalkredit Depot-



bank AG, welche sich in Konzernbesitz befand, im Wege der Spaltung zur Aufnahme nach § 5 sowie § 17 Z 5 SpaltG iVm § 220b Abs. 2 AktG übertragen. Die Spaltung wurde nach Eintragung ins Firmenbuch am 28. November 2009 wirksam. Gleichzeitig wurden die KA alt in KA Finanz AG (KF) und die Kommunalkredit Depotbank AG in Kommunalkredit Austria AG (KA) umbenannt (siehe Grafik). Beide Institute agieren voneinander unabhängig. Es besteht keine Holdingbeziehung.

Im Bericht werden folgende Bezeichnungen für die involvierten Einheiten verwendet:

- Kommunalkredit Depotbank AG vor der Aufnahme: **KDB**
- Kommunalkredit Austria AG bis zur Spaltung am 28. November 2009: **KA alt**
- Kommunalkredit Austria AG, seit der Spaltung am 28. November 2009 (vormals Kommunalkredit Depotbank AG): **KA**
- KA Finanz AG, seit der Spaltung am 28. November 2009 (vormals Kommunalkredit Austria AG (KA alt)): **KF**

Geschäftsbesorgungsvertrag / Service Level Agreement zwischen KA und KF

Die Kommunalkredit Austria AG (KA) agiert seit der Spaltung als Dienstleister für die KA Finanz AG (KF). In der KF sind mit Stichtag 31. Dezember 2010 zwölf Mitarbeiter/innen der KA aufgrund einer Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarung tätig. Diese sind verantwortlich für das Portfolio-Management, Risiko-Management und die Organisation der Gesellschaft. Zudem erwirbt die KF unter einem Service Level Agreement geregelte Dienstleistungen von der KA. Es besteht eine klare Regelung zur Vermeidung von Interessenkonflikten. Die Einhaltung der Richtlinie wird regelmäßig im Aufsichtsrat überprüft; für interessenkonfliktgeneigte Geschäfte ist die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich.

Besserungsschein – Geldmarkteinlagenverzicht gegenüber der KF

Mit Rechtswirksamkeit vom 30. November 2009 verzichtete die KA gemäß Vereinbarung mit der Republik Österreich und der KF vom 17. November 2009 (Kapitalisierungsvereinbarung) gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. gegen Aus-

stellung eines Besserungsscheins. Gemäß Besserungsschein leistet die KF an die KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen im Ausmaß des Verzichtsbetrags zuzüglich einer Verzinsung von 4,3 % ab dem Tag des Geldmarkteinlagenverzichtes.

Ebenso am 17. November 2009 schloss die KA eine Put-Vereinbarung mit einer Zweckgesellschaft, welche der KA das Recht einräumt, den Besserungsschein bis zum Ende der Put-Ausübungsfrist, das ist der dritte Jahrestag der Rechtswirksamkeit der Spaltung (28. November 2012), in Höhe des Verzichtsbetrags zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen, abzüglich auf den Besserungsschein geleistete Zahlungen, zu verkaufen. Die Republik Österreich übernahm die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtungen aus der Put-Vereinbarung über den Besserungsschein. Für die Haftungsübernahme hat die KF eine Haftungsgebühr in Höhe von 10 % p. a. vom jeweils verbürgten Betrag an den Bund zu entrichten.

Die Refinanzierung der vom Verzicht umfassten Geldmarkteinlagen erfolgt über eine bereits im Juli 2009 begebene staatsgarantierte Anleihe der KA über EUR 1 Mrd. Die der KA aus der Anleihe erwachsenden Kosten werden mit Wirksamkeit des Geldmarkteinlagenverzichtes von der Republik Österreich über die Verzinsung des Besserungsscheins gedeckt und von der Republik Österreich über die Bürgschaftsvereinbarung gewährleistet, sodass die Refinanzierung dieser Transaktion für die KA ebenso kosten- und ertragsneutral ist.

Stärkung der Corporate Governance und des Risikomanagements

Die Corporate Governance der KA basiert auf den mit Beginn des Jahres 2009 in der KA alt umgesetzten neuen Corporate-Governance-Strukturen. Mit der Umsetzung der Spaltung wurde der Aufsichtsrat am 17. November 2009 neu konstituiert. Dieser hat im Jahr 2010 sieben Aufsichtsrats- und zwei Prüfungsausschusssitzungen abgehalten sowie im Oktober 2010, entsprechend den Vorgaben des novellierten BWG, einen Vergütungsausschuss eingerichtet.

Von seiten des Vorstandes werden wöchentliche Vorstandssitzungen mit Beschluss- und Berichtsagenden inklusive Überwachung vereinbarter Follow-Up-Punkte abgehalten.

Die Interne Revision berichtet quartalsweise an den Aufsichtsrat.

Sowohl vom Aufsichtsrat, als auch vom Vorstand wird auf die Optimierung des Risikomanagements geachtet. Die Risiko- und ICAAP-Strategie der Bank wurden überprüft und neu aufgestellt; in einem monatlichen Risk-Management-Committee werden Kredit-, Markt-, operationale sowie sonstige Risikothemen strukturiert behandelt; zusätzliche Komitees für Kredit-, Kapital- und Liquiditätsbelange finden in wöchentlichen oder kürzeren Abständen statt.

Beihilfeverfahren bei der Europäischen Kommission

Nach der Einreichung eines Restrukturierungsplans durch das Bundesministerium für Finanzen am 10. Juni 2009 war bereits die Durchführung der Spaltung mit der Europäischen Kommission akkordiert. Im Jahr 2010 fanden weitere Verhandlungen statt. Der vorliegende Bericht wurde unter Berücksichtigung des positiven Abschlusses des EU-Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission erstellt. Die finale Genehmigung zum Beihilfeverfahren wurde am 31. März 2011 durch die Europäische Kommission erteilt.

Rechnungshofprüfung

Zwischen März und September 2010 fand eine Vor-Ort-Prüfung des Rechnungshofes über die Gebarung der KA statt. Das Prüfungsergebnis ist ausstehend.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Finanzielle Leistungsindikatoren der Kommunalkredit Austria AG nach UGB

Ausgewählte Bilanz- und GuV-Kennzahlen (in EUR Mio.)	2010	2009*
Bilanzsumme	14.972,8	17.295,8
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen	1.909,5	1.899,2
Forderungen an Kreditinstitute	1.349,1	4.244,6
Forderungen an Kunden	10.085,6	9.803,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.064,0	2.279,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.580,7	1.019,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	11.541,0	13.173,4
Nettozinsertrag	45,6	10,8
Verwaltungsaufwand	-35,6	-17,7
Betriebsergebnis	25,0	3,5
Dotierung Vorsorge § 57 Abs. 1 BWG	-27,0	-5,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern	1,9	11,9
Jahresergebnis nach Steuern (Jahresüberschuss)	0,0	5,3
Jahresgewinn	0,0	0,0

Unternehmenskennzahlen (in EUR Mio. bzw. %)	2010	2009*
Risikogewichtete Aktiva	2.581,6	2.708,8
Eigenmittelerfordernis	207,8	226,7
Eigenmittel	505,5	498,8
Eigenmittelquote (= Eigenmittel / (Eigenmittelerfordernis / 0,08) * 100)	19,5 %	17,6 %
Kernkapital-Tier 1	399,9	400,0
Kernkapitalquote (= Kernkapital / (Eigenmittelerfordernis / 0,08) * 100)	15,4 %	14,1 %
Anzahl an Aktien	31.007.059	31.007.059

*Die dargestellten Erfolgszahlen der KA für das Jahr 2009 umfassen das Ergebnis der Kommunalkredit Depotbank von Jänner bis Dezember 2009 und das Ergebnis aus den im Rahmen der Spaltung übernommenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten vom Juli bis Dezember 2009. Eine direkte Vergleichbarkeit der Erfolgszahlen 2009 mit den Erfolgszahlen 2010 ist aus diesem Grund nicht gegeben.

Auswirkung der Spaltung auf die Berichtsperiode

Die vorliegende Gewinn- und Verlustrechnung der KA nach UGB stellt das erste volle Geschäftsjahr nach der am 28. November 2009 erfolgten Trennung von der KF dar. Die Ergebnisse 2009 umfassen das Ergebnis der Kommunalkredit Depotbank von Jänner bis Dezember 2009 sowie das Ergebnis aus den abgespaltenen strategischen Aktiva und

Passiva der KA von Juli bis Dezember 2009. Das Ergebnis 2010 ist daher nur eingeschränkt mit dem Vorjahresergebnis vergleichbar und wird in der Folge nur in den Tabellen angeführt, jedoch nicht kommentiert.

Der UGB-Einzelabschluss ist für die Ermittlung des im Zusagenkatalog an die Europäische Kommission geregelten

Entgelt an die Republik Österreich sowie für die Bedienung der gewinnabhängigen Eigenmittelinstrumente, d. h. Ergänzungskapital und Partizipationskapital, sowie für die Bewertung der Auflagen der Europäischen Kommission bestimmend.

Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme der KA beträgt zum 31. Dezember 2010 EUR 15,0 Mrd. gegenüber EUR 17,3 Mrd. im Jahr 2009. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Rückführung von wechselseitigen Zwischenveranlagungen zwischen KA und KF sowie der Reduktion des Interbankgeschäftes.

Entsprechend der im Zuge der Restrukturierung definierten Strategie setzt die KA den Fokus ihrer Tätigkeit auf den kommunalen Sektor, insbesondere auf das kommunale und infrastrukturnahe Projektgeschäft. Dabei kann sie auf ihr bestehendes Know-how und ihre Strukturierungskompetenz zurückgreifen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Neuauszahlungen in Höhe von EUR 810 Mio. gebucht. Im Zentrum des Neugeschäftes standen Infrastrukturprojekte aus den Bereichen Gesundheit, Energie und Verkehr sowie öffentliche Finanzierungen. Ebenso konnte die Infrastrukturberatungsgruppe ihre Tätigkeit erfolgreich ausbauen.

Die regionale Verteilung des Neugeschäfts betrug:

- 62 % Österreich
- 38 % Ausland (v. a. Deutschland, Schweiz, EU-Nachbarländer)

Mit Jahresende 2010 betragen die Forderungen an Kunden der KA EUR 10,1 Mrd. Dies entspricht einem Anstieg von 3,1 % gegenüber dem Stand von EUR 9,8 Mrd. zum Jahresultimo 2009.

Es bestehen zum Bilanzstichtag Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 1,3 Mrd. Dies entspricht einem Rückgang von 68,2 % gegenüber dem Stand von EUR 4,2 Mrd. zum Jahresultimo 2009. Der Rückgang ist vor allem auf die im Restrukturierungsplan vorgesehene Reduzierung der Veranlagungen von Überliquidität der KA in der KF zurückzuführen.

Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel

Die KA verfügt zum 31. Dezember 2010 über ein Kernkapital in Höhe von EUR 399,9 Mio. gegenüber EUR 400,0 Mio. im Jahr 2009. Die Eigenmittel belaufen sich auf EUR 505,5 Mio.

gegenüber EUR 498,8 Mio. im Jahr 2009. Daraus ergeben sich bei einem Bestand von risikogewichteten Aktiva von EUR 2.581,6 Mio. (2009: EUR 2.708,8 Mio.) eine Tier-1-Ratio von 15,4 % (2009: 14,1 %) und eine Eigenmittelquote von 19,5 % (2009: 17,6 %).

Die obigen Kapitalkennzahlen beruhen auf den gesetzlichen Berechnungskriterien nach UGB und Bankwesengesetz (BWG); bei der Berechnung der Eigenmittelerfordernisse wird der Standardansatz verwendet.

Rückkauf Eigenmittelinstrumente

Im Jahr 2010 hat die KA Ergänzungskapital mit Nominale von EUR 20,6 Mio. zurückgekauft. Die Erträge aus den Rückkäufen von Eigenmittelinstrumenten beliefen sich auf EUR 9,6 Mio.

Refinanzierungsstruktur

Mit Ausnahme der EUR 1,0 Mrd. staatsgarantierten Anleihe, welche die KA in Durchleiterfunktion erfolgsneutral begeben hat, erfolgt die Refinanzierung der KA auf dem freien Markt und ist vollständig unabhängig von den unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz bereitgestellten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen der Republik Österreich.

Die wichtigsten Refinanzierungsinstrumente zum 31. Dezember 2010 sind:

Verbriefte Verbindlichkeiten	EUR 11,5 Mrd.
davon staatsgarantiert	EUR 1,0 Mrd.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	EUR 1,6 Mrd.
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	EUR 1,1 Mrd.

Ertragslage

Nach einem Betriebsergebnis von EUR 25,0 Mio. beträgt das UGB-Jahresergebnis nach Steuern für das Geschäftsjahr 2010 EUR 0,0 und ist im Wesentlichen bestimmt durch nachfolgende Faktoren:

- Zinsüberschuss
Der Zinsüberschuss der KA betrug 2010 EUR 45,6 Mio. Der Zinsüberschuss baut dabei auf stabilen Erträgen aus dem bestehenden Portfolio auf und wird gestärkt durch steigende Erträge aus den Neuabschlüssen im Bereich des kommunalen und infrastrukturnahen Projektgeschäftes.
- Kreditrisiko- und Bewertungsergebnis
Das Kreditrisiko- und Bewertungsergebnis der KA betrug 2010 EUR – 23,0 Mio. und ist im Wesentlichen be-

dingt durch die Zuführung zur Vorsorge nach § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von EUR 27,0 Mio. Die KA baut ihre Geschäftstätigkeit auf ein stabiles und qualitatives Portfolio kommunaler und infrastrukturnaher Finanzierungen. 2010 wurden keine neuen Vorsorgen für Einzelwertberichtigungen gebildet. Die KA verfolgt jedoch eine konservative Politik der Risikovorsorge. Sie hat daher aufgrund des aktuell volatilen Marktumfeldes von den Möglichkeiten des § 57 Abs. 1 BWG Gebrauch gemacht und im Geschäftsjahr 2010 eine entsprechende Vorsorge getroffen. Diese Risikovorsorge kann gemäß § 57 Abs. 1 BWG bis zu einem Ausmaß von 4 % des Gesamtbetrages der angeführten Vermögensgegenstände dotiert werden. Der Gesamtstand der Vorsorge nach § 57 Abs. 1 BWG beträgt EUR 32,1 Mio.

– Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand der KA beträgt vor Weiterverrechnung der Dienstleistungen aus dem Service Level Agreement gegenüber der KF und der KPC EUR 35,6 Mio. Davon entfallen EUR 22,3 Mio. auf den Personalaufwand und EUR 13,2 Mio. auf Sachaufwendungen. Die im Sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellten Erträge aus Weiterverrechnungen von Personal- und Sachaufwendungen an die KF und die KPC betragen EUR 15,4 Mio.;

der resultierende Verwaltungsaufwand beträgt somit netto EUR 20,2 Mio. Auf Basis dieses moderaten Verwaltungsaufwandes ergibt sich eine Cost-Income-Ratio von 43,8 %.

– Rückstellungen

Auf Basis des positiven Abschlusses des EU-Beihilfverfahrens durch die Europäische Kommission muss die KA anfallende UGB/BWG-Jahresüberschüsse als kompensatorischen Eigenbeitrag für erhaltene Staatshilfe an die Republik Österreich leisten. Vor diesem Hintergrund wurden für erwartete kompensatorische Eigenbeiträge an die Republik Österreich Rückstellungen für das Jahr 2010 in Höhe von EUR 3,2 Mio. gebildet.

Das Jahresergebnis nach Steuern (Jahresüberschuss) und der Jahresgewinn sind somit für das Gesamtjahr 2010 ausgeglichen. Da das Jahresergebnis nach Steuern die Ausschüttungsgrundlage für Ergänzungskapitalinhaber darstellt, wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2011 kein Kupon auf das Ergänzungskapital erfolgen. Der Jahresgewinn stellt die Ausschüttungsgrundlage für Partizipationskapitalinhaber dar. Somit wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2011 keine Ausschüttung auf das Partizipationskapital erfolgen.

NICHT FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Mitarbeiter/innen

Die Mitarbeiter/innen der KA sind im Bankbereich seit der Spaltung am 28. November 2009 sowohl für die KA als auch über ein Service Level Agreement für die KF tätig. Vor der Spaltung waren sämtliche Mitarbeiter/innen für die KA alt tätig.

Der durchschnittliche Personalstand der KA betrug im Jahr 2010 196 (2009: 196). Davon waren zehn Mitarbeiter/innen im Jahr 2010 ausschließlich für die KF (2009: elf) tätig. Zum Jahresende 2010 waren in der KA 211 Mitarbeiter/innen beschäftigt (2009: 199), davon 100 männlich, 111 weiblich; dies entspricht einem Vollzeitäquivalent von 200,62 Mitarbeitern/innen (2009: 190,7). Die Ursachen für diese Veränderung liegen vorwiegend in der strukturierten Nachbesetzung einzelner Abgänge aus dem Jahr 2009.

Der Frauenanteil betrug 52,6 %. Der Akademikeranteil ist mit 60,2 % (127 Personen, davon 52 Frauen und 75 Männer)

auf einem konstant hohen Niveau. Von den insgesamt 211 Mitarbeitern/innen sind 27 weibliche und vier männliche teilzeitbeschäftigt. Zusätzlich waren per 31. Dezember 2010 acht Frauen und drei Männer in Karenz. Von insgesamt 48 Führungskräften in der KA sind zwölf (25 %) Frauen. Das Durchschnittsalter liegt bei 36 Jahren, die Durchschnittszugehörigkeit zum Unternehmen bei sechs Jahren.

Die KA hat 2010 ein Performance Management und ein variables Vergütungssystem konzeptioniert und implementiert. Die Novelle zum BWG erfordert eine Anpassung des Bonusmodells insbesondere durch Definition von betroffenen Zielgruppen/Funktionen („Identified Staff“), stärkere Koppelung ans Risikomanagement/-controlling und Ausgestaltung von monetären und nicht monetären Bonusbestandteilen sowie verzögerte Auszahlungs- und Berechnungsmodalitäten. Hierzu wurde im Aufsichtsrat ein Vergütungsausschuss eingerichtet.

Kommunikation

Eine Reihe von Kommunikationsmaßnahmen unterstützte 2010 den regelmäßigen und offenen Kontakt zu Kunden, Journalisten und wichtigen Stakeholdern der KA. Pressehintergrundgespräche und -konferenzen des Vorstandes und Aussendungen über bedeutende Entwicklungen, die Teilnahme an wichtigen Foren, das Versorgen der Kunden mit Branchen-News sowie die Präsenz am Österreichischen Städtetag und am Österreichischen Gemeindetag sind die Eckpunkte der Kommunikationsstrategie.

– „Initiative Licht“

Schwerpunktthema 2010 war die „Initiative Licht“, welche es Gemeinden ermöglicht, kostengünstig auf neue Lichttechnologien umzurüsten. Durch ein verbessertes Lichtmanagement kann eine Energiekostensparnis von bis zu 50 % erzielt werden. Gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie – initiierte die KA eine Bundesländerkampagne, um über den Einsatz moderner Lichttechnologien in der öffentlichen Beleuchtung und die damit verbundenen Energie- und Kosteneinsparungen zu informieren.

– Kundenmagazin „Kommunal kompakt“

Neu eingeführt wurden 2010 das Kundenmagazin „Kommunal kompakt“ und ein elektronischer Newsletter, abgestimmt auf die Zielgruppen Gemeinden bzw. Projekterrichter. Persönliche Kontakte konnten im Rahmen von internen Veranstaltungen gepflegt werden. Die Neuausrichtung der Bank auf die Segmente „Energie & Umwelt“, „Soziale Infrastruktur“ und „Verkehr“ spiegelt sich im Relaunch der Homepage sowie in adaptierten Advertorials wider.

– Gemeindefinanzbericht

Der Gemeindefinanzbericht erschien 2010 bereits zum sechsten Mal in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund. Dieses Standard-Nachschlagewerk bietet einen detaillierten Überblick über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung aller 2.357 Städte und Gemeinden Österreichs und unterstützt diese bei einer möglichst genauen Budgetplanung. Erstmals lieferte der Bericht zudem eine Analyse über die Dynamik der einzelnen Einnahmen- und Ausgabenpositionen der laufenden Gebarung, der Vermögensgebarung und der Finanzgebarung, ausgewählte Bestandsdaten wie Schuldenstand und Rücklagen sowie eine Schätzung über kommunale Haftungen. Darüber hinaus stellt kommunalnet.at, die gemeinsame Intranet-

Plattform des Österreichischen Gemeindebundes, seiner Landesverbände sowie der KA, basierend auf den Daten des Gemeindefinanzberichtes, jeder Gemeinde Österreichs ein kommunales Finanzbenchmark zur Verfügung.

– Kommunale Sommergespräche

Die jährlichen „Kommunalen Sommergespräche“ in Bad Aussee bieten Gemeindevertretern, Meinungsführern und Experten aus Politik, Wirtschaft und Finanzen die Gelegenheit, sich über Herausforderungen der öffentlichen Hand auszutauschen und Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Veranstaltung wird in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gemeindebund organisiert. Unter dem Generalthema „Haben die Kleinen [noch] eine Chance – Im Spannungsfeld zwischen Wohlfühlgemeinde und Sparbudget“ wurde 2010 über zentrale Anliegen wie Finanzierungschancen bei knappen Budgets, Freiwilligenarbeit in der Gemeinde und die Frage von Gemeindezusammenlegung oder verstärkte Partnerschaften diskutiert.

– RFG Fachzeitschrift und Schriftenreihe

Mit der viermal jährlich erscheinenden Fachzeitschrift „RFG – Recht und Finanzen für Gemeinden“ (Verlag Manz) informieren der Österreichische Gemeindebund und die KA Gemeinden über Themen des Kommunalrechts, des kommunalen Steuerrechts, der Betriebswirtschaft und des kommunalen Finanzwesens. Experten/innen der KA sowie externe Partner stellen mit ihren Beiträgen ihr Fachwissen hinsichtlich Finanzierung, Budgetierung, Maastricht-Konformität oder Förderung zur Verfügung. 2010 standen insbesondere die Gemeindefinanzen, die „Finanzierungsinitiative Licht“, Energieeffizienz und Pflege im Fokus.

– public breakfast

Bereits ins vierte Jahr ging 2010 die Business-Seminarreihe „public breakfast – one step ahead“, eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit PwC (PricewaterhouseCoopers). Das Format wendet sich an Entscheidungsträger der öffentlichen Hand, um eine Plattform für aktuelle Public-Finance-Themen und Gedankenaustausch in angenehmer Frühstücksatmosphäre zu bieten. Insgesamt vier Veranstaltungen in Wien sowie zwei – inhaltlich erweiterte – „public brunches“ in den Bundesländern fanden 2010 statt.

– Mitarbeiter/innen-Information

Regelmäßige Mitarbeiter/innen-Informationen und Vorstandsbriefe sowie ein Mitarbeiter/einführungstag für neue Kolleginnen und Kollegen waren die Eckpfeiler der

internen Kommunikation. Das Intranet wurde erweitert und bot noch mehr hausinterne Informationen. Aktivitäten von Nachhaltigkeitsteam und Betriebsrat unterstützen die vom Unternehmen angebotenen Sozialleistungen.

Zusätzlich wurde 2010 das interne Vorschlagswesen adaptiert, um die Ideen und Anregungen der Mitarbeiter/-innen als wertvolle Ressource für die Weiterentwicklung des Unternehmens nutzen zu können.

ZWEIGNIEDERLASSUNGEN

Die KA verfügt über keine Zweigniederlassungen.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Bezüglich Forschung und Entwicklung ergeben sich branchenbedingt keine Anmerkungen.

WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Stabilitätsabgabe

Mit 30. Dezember 2010 trat das Stabilitätsabgabegesetz in Kraft, welches Banken zur Zahlung einer Stabilitätsabgabe an die Republik Österreich verpflichtet. Basierend auf der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2010 beträgt die seitens der KA in den Jahren 2011 bis 2013 zu leistende Stabilitätsabgabe jährlich rund EUR 7,4 Mio. bzw. für den gesamten Zeitraum EUR 22,2 Mio.

Bestätigung des Aa1-Covered-Bond-Ratings durch Moody's

Am 3. Februar 2011 konnte durch Unterzeichnung einer Übersicherungsvereinbarung für ein Covered-Bond-Rating von Aa1 der „Review for possible downgrade“ von Moody's beendet werden.

Platzierung EUR-500-Mio.-Covered-Bond

Nach zweijähriger Abwesenheit vom Kapitalmarkt hat die KA nach einer intensiven Pan-Europa-Roadshow am 8. Fe-

bruar 2011 eine öffentliche Covered-Bond-Emission mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einem Volumen von EUR 500 Mio. begeben. Mit einer Vielzahl von Orders war die Emission gut überzeichnet.

69 % der Transaktion wurden in Deutschland (41 %) und Österreich (28 %) platziert, gefolgt von Frankreich mit rund 9 %, der Schweiz mit rund 8 % und Luxemburg mit rund 5 % sowie Spanien und Italien. Dabei konnte die Emission hauptsächlich bei Banken (58 %) und Investment Managers (rund 28 %) sowie Versicherungen (11 %) verkauft werden.

Beihilfeverfahren bei der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission hat am 31. März 2011 ihre formale Zustimmung zum Restrukturierungsplan der KA gegeben. Mit dieser positiven Entscheidung ist die gesellschaftsrechtliche Restrukturierung auch unter den Kriterien des EU-Wettbewerbsrechts anerkannt worden.

RISIKOMANAGEMENT

Risikomanagement für einzelne Risikoarten

Strategien und Verfahren für das Risikomanagement

Die KA bedient sich zur vollständigen Identifizierung der Risikotreiber des Geschäftsmodells methodisch der Ins-

trumente Risk Assessments und Risikolandkarte. Im Rahmen der Risk Assessments erfolgt in einem strukturierten analytischen Prozess die Identifizierung der Hauptrisikarten der Bank. Auf Basis der Assessment-Ergebnisse wird eine Risikolandkarte für die Gesamtbank erstellt, die als

wesentliche Inhalte eine Risikodefinition je Risikoart enthält und die einzelnen Risiken hinsichtlich Bedeutung, Risikotransparenz, Steuerungsfrequenz und Limitierung bewertet. Ziel der Risikolandkarte ist die Herstellung eines einheitlichen begrifflichen Risikoverständnisses, einer einheitlichen Sicht der Risikopriorität, die Überprüfung der Vollständigkeit der Erfassung und die Identifizierung von potenziellen Steuerungslücken. Dabei handelt es sich um solche Risikoarten, die als hoch relevant eingestuft werden, aber eine geringere Risikotransparenz und Steuerungsfrequenz aufweisen, und die als Ergebnis die höchste Priorität hinsichtlich Weiterentwicklungsnotwendigkeiten erhalten. Diese Analyse wird jährlich durchgeführt.

Für die Hauptrisikokarten (insbesondere Liquiditätsrisiko, Kreditausfallsrisiko, Credit-Spread-Änderungsrisiko, Zinsänderungsrisiko) wird nach bankbetriebswirtschaftlich anerkannten internen Verfahren das dafür benötigte ökonomische Kapital berechnet. Zusätzlich ist für nicht hinreichend quantifizierbare Risiken (insbesondere operationelles Risiko, Reputationsrisiko, Rechtsrisiken) und zur Deckung potenzieller Modellunsicherheiten ein Risikopuffer vorgesehen.

Im Rahmen der Risikostrategie gibt der Vorstand die Grundsätze für die angemessene Steuerung und Limitierung der einzelnen Risikoarten vor und begrenzt das zugewiesene ökonomische Kapital je Risikoart und Geschäftsfeld in Abstimmung mit der Risikotragfähigkeit und der Risikobereitschaft der Bank. Die Höhe der Ausnutzung und die Einhaltung der Risikobudgets auf Gesamtbankebene werden monatlich überwacht. Partnerlimits sowie die operativen Risikolimits für das Handelsbuch und die offene Devisenposition werden täglich überwacht, wobei die Geschäftstätigkeit der KA keinen wesentlichen Handelsfokus hat.

Organisatorischer Aufbau der Risikosteuerung und -überwachung

In der KA ist eine vom Markt unabhängige Risikoüberwachungsfunktion eingerichtet, die durch die Organisationseinheiten Controlling und Kreditrisiko in enger Abstimmung wahrgenommen wird. Organisatorische Änderungen ergaben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr durch die Neuordnung des operationalen Risikos und der Problemerkreditbearbeitung zum Bereich Kreditrisiko.

Das Kreditkomitee ist das zentrale Element des Kreditgenehmigungsprozesses und des laufenden qualitativen Portfolioreviewprozesses. Darüber hinaus werden im Kreditkomitee regelmäßig Partner mit erhöhtem Kreditrisiko,

Problemkredite und Ausfallspartner behandelt sowie diesbezügliche Maßnahmen beschlossen.

Zusätzlich zum wöchentlichen Kreditkomitee ist ein wöchentliches Asset-Liability-Committee (ALCO) eingerichtet. Das ALCO findet unter Beteiligung des Treasury-Vorstandes, der Bereiche Treasury, Controlling, Strategie und Recht sowie Vertrieb statt und unterstützt das operative Asset-Liability-Management. Ziel ist die zeitnahe Steuerung des Liquiditäts- und Zinsrisikos sowie die zeitnahe Reaktion auf Eigenkapitalthemen. In den wöchentlichen Sitzungen werden Limits überwacht sowie Maßnahmen zur Steuerung des Zins- und Liquiditätsrisikos behandelt.

Das Risk-Management-Committee (RMC) ist das zentrale Element des übergreifenden Risikosteuerungsprozesses, wo der Vorstand über die Risikosituation der Gesamtbank informiert wird, wichtige risikorelevante Rahmenentscheidungen getroffen sowie relevante Limits festgelegt und Risikobudgets überwacht werden. Im RMC werden alle Risikoarten überwacht. Steuerungsentscheidungen werden durch die Markteinheiten Vertrieb und Treasury umgesetzt und die beschlussgemäße Umsetzung durch das Controlling überwacht. Die strategische Steuerung des Kreditrisikos auf Portfolioebene sowie die Überwachung des operationellen Risikos und eventueller Schadensfälle in Form von regelmäßigen Berichten durch den Operational-Risk-Officer erfolgt ebenfalls im Rahmen der RMC-Meetings.

Ziel der Gesamtbanksteuerung ist der risiko- und ertragsoptimierte Einsatz der Kapitalressourcen im Rahmen des Risikoappetits und der Risikotragfähigkeit der Bank.

Strategien, Methoden, Reporting und organisatorische Verantwortung für das Management von Risiken sind im ICAAP-Handbuch, in Risikomanagementhandbüchern je Risikoart und Organisationsrichtlinien schriftlich dokumentiert und allen betroffenen Mitarbeitern/innen über das Intranet auch elektronisch jederzeit in ihrer aktuellen Fassung zugänglich.

Folgende Risiken werden in der KA spezifisch identifiziert:

- Kreditrisiko
- Ausfalls- und Kontrahentenrisiko
- Konzentrationsrisiko
- Länderrisiko
- Beteiligungsrisiko

- Liquiditätsrisiko
kurzfristiges Liquiditätsrisiko (operativ)
langfristiges Liquiditätsrisiko (strukturell)
- Marktrisiko
Zinsänderungsrisiko
Wechselkursrisiko
Spreadänderungsrisiko
Basis-Spread-Risiko
Optionspreisrisiko
- Operationelles Risiko
Operationelles Risiko
Rechtsrisiko
Reputationsrisiko
- Sonstige Risiken
Eigenkapitalrisiko
Strategisches Risiko
Ertragsrisiko

Für die Aufnahme neuer Geschäftsfelder, neuer Märkte oder Produkte ist ein formalisiertes und strukturiertes Genehmigungs- und Implementierungsverfahren eingerichtet, das die adäquate Abbildung in Abwicklung, Risikomanagement und Reporting, Buchhaltung, Bilanzierung sowie Meldewesen sicherstellt.

Risikopolitische Leitlinien des Risikomanagements

Grundsätze zum Risikoverständnis:

- Ein unternehmensweites Verständnis der risikopolitischen Grundsätze ist die Basis eines einheitlichen Risikobewusstseins und einer einheitlichen Risikokultur innerhalb der KA. Die Geschäftsleitung und alle Mitarbeiter/innen der KA sind daher verpflichtet, die risikopolitischen Grundsätze und die definierte Risikostrategie einzuhalten und ihre Entscheidungen gemäß den vorgegebenen Leitlinien zu treffen.
 - Die KA übernimmt nur Risiken in solchen Geschäftsfeldern und Märkten, für die eine entsprechende Expertise existiert. Die Aufnahme einer Geschäftstätigkeit in neuen Geschäftsfeldern oder der Vertrieb neuer Produkte geht mit der Analyse der damit verbundenen Risiken und der Eignung der vorhandenen Methoden, Instrumente und Prozesse zum Management der Risiken einher. Hierfür ist ein Produktgenehmigungsprozess innerhalb der KA implementiert.
 - Grundsätzlich sollte jedes Geschäft, durch das die KA bewusst Risiken übernimmt, im Rahmen der Betrachtung der gesamten Geschäftsbeziehung mit dem Kunden einen dem Risiko entsprechenden Deckungsbeitrag erwirtschaften. Die KA konzentriert sich bei ihrer Risiko-steuerung vorrangig auf die Abdeckung unerwarteter Verluste, während erwartete Verluste über Margen in den Geschäften abgedeckt werden.
- Grundsätze zum Risikomanagement:
- In der KA erfolgt eine der Ertragskraft und Eigenkapitalausstattung angemessene Begrenzung der Risiken.
 - Das fachliche Know-how der Mitarbeiter/innen und die Systemausstattung müssen der Komplexität des Geschäftsmodells entsprechen und zusammen mit den Kerngeschäftsfeldern entwickelt werden.
 - In Hinblick auf die Organisationsstruktur muss eine klare Trennung zwischen einerseits Risikoübernahme und andererseits Risikoberechnung bzw. Risikomanagement erfolgen. Durch eine eindeutige Trennung der Aufgabebereiche werden Interessenskonflikte der Mitarbeiter/innen vermieden.
 - Das Risikomanagement ist integraler Bestandteil des Geschäftsablaufes und stützt sich dabei – wenn ökonomisch sinnvoll – auf fortgeschrittene Methoden zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Zumindest für Kredit- und Marktrisiken erfolgt dies auf ökonomischer Basis (Value-at-Risk-Sichtweise).
 - Alle messbaren Risiken sind einer Limitstruktur zu unterwerfen, wobei die Einhaltung der Limite regelmäßig überwacht werden muss. Die Limitvergabe und die Limitüberwachung folgen transparenten und einheitlichen Grundsätzen. Insbesondere für den Fall von Limitüberschreitungen besteht ein Eskalationsprozess. Für identifizierte, aber nicht oder nicht ausreichend messbare Risiken wird ein Kapitalpuffer vorgehalten.
 - Die Value-at-Risk-Berechnungen müssen durch Rückvergleiche („Backtesting“) und/oder Modelltests validiert werden.
 - Die Ergebnisse der Risikomessung sind regelmäßigen Stresstests zu unterziehen und in der Ermittlung der Risikotragfähigkeit des Kreditinstituts zu berücksichtigen. Die Ergebnisse der Stresstests sind, wo möglich, einem Limit gegenüberzustellen.
 - Ein Bestandteil des Risikomanagements der KA ist ein umfassendes, regelmäßiges und standardisiertes Risikoreporting, das mindestens monatlich über die Risikolage der KA und situationsabhängig in Form von Ad-hoc-Reports berichtet.
 - Integrierte IT-Infrastruktur und integrierte Datenbasis: Die Schaffung und Erhaltung einer integrierten IT-Infra-

struktur als Grundlage und Voraussetzung zur systematischen Reduktion von Risiken aus Schnittstellen und Dateninkonsistenzen und als Basis für effiziente Reporting- und Datenverarbeitungsprozesse ist eine wesentliche risikopolitische und organisatorische Zielsetzung.

Sicherstellung einer adäquaten Mindesteigenkapitalausstattung

ICAAP-Ansätze zur Bewertung der Eigenkapitalausstattung

Der ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) ist ein Kernelement der Säule 2 des Basler Akkords und umfasst alle Verfahren und Maßnahmen einer Bank zur Sicherstellung einer angemessenen Identifizierung, Messung und Begrenzung der Risiken, einer dem Risikoprofil des Geschäftsmodells angemessenen Kapitalausstattung sowie der Anwendung und laufenden Weiterentwicklung geeigneter Risikomanagementsysteme.

Zur quantitativen Beurteilung einer angemessenen Kapitalausstattung bedient sich die KA methodisch der sogenannten Risikotragfähigkeitsanalyse. Es werden dabei, abhängig vom Absicherungsziel, drei Steuerungskreise unterschieden:

- Regulatorische Sicht (Regulatorischer Steuerungskreis)
Absicherungsziel: Sicherstellung der Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen
Der regulatorische Kapitalbedarf (RWA) wird der regulatorischen Risikodeckungsmasse (gesamte Eigenmittel) gegenübergestellt.
- Liquidationssicht (Ökonomischer Steuerungskreis)
Absicherungsziel: Im Vordergrund steht der Gläubigerschutz und somit die Sicherstellung einer Kapitalausstattung, die für den Liquidationsfall gewährleistet, dass alle Fremdkapitalgeber mit einer definierten Wahrscheinlichkeit bedient werden können.
Der ökonomische Kapitalbedarf (interne Risikomessung) wird den um die stillen Lasten und Reserven adaptierten Eigenmitteln gegenübergestellt.
- Going-Concern-Sicht (Going-Concern-Steuerungskreis)
Absicherungsziel: Der Fortbestand der Bank soll mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit bei Eintritt der Risiken ohne zusätzliches Eigenkapital sichergestellt werden. Der definierte Absicherungszustand der KA in der Going-Concern-Betrachtung ist derzeit eine Mindest-T1-Ratio von 10 %, um einerseits einen Eigenmittelpuffer

für weiteres Wachstum und andererseits die Eigenmittelanforderungen für einen entsprechenden Kapitalmarktauftritt abzusichern.

Alle GuV-wirksamen Risiken müssen jedenfalls durch das Plan-Jahresergebnis und das „freie T1“ gedeckt sein. Das freie T1 ist jenes T1, das über das notwendige Kapital zur Sicherstellung eine T1-Ratio von 10 % zur Verfügung steht. Dabei werden bei der aus Plan-Jahresgewinn und freiem T1 bestehenden Risikodeckungsmasse unter Berücksichtigung der Realisierbarkeit und Außenwirkung zwischen primärem, sekundärem und tertiärem Deckungspotenzial unterschieden und entsprechende Frühwarnstufen eingerichtet. Zur Deckung von sonstigen, nicht quantifizierten Risiken sowie von Modellunschärfen ist ein entsprechender konservativer Risikopuffer vorgesehen.

Kreditrisikomanagement

Kreditrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten, die entstehen, wenn ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die KA unterscheidet folgende Arten des Kreditrisikos: Kontrahenten- bzw. Ausfallsrisiko, Konzentrationsrisiko, Länderrisiko und Beteiligungsrisiko.

Bei der Besicherung des Kreditengagements spielen persönliche Sicherheiten (Garantien und Haftungen) eine wichtige Rolle. Als finanzielle Sicherheiten werden vor allem Nettingvereinbarungen und Barbesicherungen zur Reduktion des Kontrahentenrisikos berücksichtigt. Bei Vorliegen von persönlichen Sicherheiten kann das Exposure dem Sicherheitengeber zugerechnet werden. Das Exposure wird je nach Risikoeinschätzung auf den Garantiegeber transferiert und dort im Portfoliomodell und Limitwesen berücksichtigt. Erhaltene finanzielle Sicherheiten reduzieren dagegen das bestehende Exposure. Auf Basis des bestehenden Basel-II-Standardansatzes für alle Forderungsklassen kommen in der KA vorrangig externe Ratings zur Anwendung. Sollten diese nicht zur Verfügung stehen, werden Ratings aus internen Ratingmodellen ermittelt.

Jedem aktiven Kunden ist somit ein externes oder internes Rating zugeordnet, das mindestens einmal jährlich aktualisiert wird. Damit können die Aktiva und die außerbilanziellen Geschäfte vollständig nach Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherung gegliedert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten sind in einer internen Ratingskala (Masterskala) in Kategorien zusammengefasst, denen externe Ratings zugeordnet werden können. Um eine einheitliche Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeiten zu gewährleis-

ten, müssen alle internen und externen Ratingverfahren bzw. Ratings auf die Masterskala abgestimmt werden. Die Leistungsfähigkeit und Trennschärfe der Ratingverfahren und ihre Prognosefähigkeit hinsichtlich Zahlungsausfällen werden regelmäßig überprüft und nötigenfalls angepasst.

Unerwarteter Verlust

Die Portfoliobetrachtung ist grundlegend für die Quantifizierung des unerwarteten Ausfallrisikos. Die KA berechnet monatlich einen Kredit-VaR. Das verwendete Portfolio-Modell basiert auf CreditRisk+. Für die Berechnung des Kredit-VaR (Haltedauer 1 Jahr, Konfidenzintervall 99,95 %) werden ratingabhängige einjährige Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) sowie regional- und branchenspezifische Verlustquoten (LGD) verwendet. Diese Parameter wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr einem Überprüfungsprozess unterzogen und aktualisiert. Die Quantifizierung des unerwarteten Ausfallrisikos für Kreditrisiken erfolgt nach Berechnungsverfahren, die gängigen bankbetriebswirtschaftlichen Standards entsprechen.

Der unerwartete Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres beträgt in der Liquidationssicht per 31. Dezember 2010 EUR 87,1 Mio. (statistisches Ereignis einmal in zweitausend Jahren), der unerwartete Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres beträgt in der Going-Con-

cern-Sicht per 31. Dezember 2010 EUR 23,0 Mio. (statistisches Ereignis einmal in zwanzig Jahren).

Das verwendete Modell beruht auf statistischen Methoden und Annahmen. Es repliziert und erklärt im Wesentlichen alle relevanten Entwicklungen der Vergangenheit. Eine wichtige Annahme dabei ist, dass aus der Vergangenheit statistisch fundierte Schlussfolgerungen auch für zukünftige Entwicklungen zutreffen. Wie die fundamentale Systemkrise der weltweiten Finanzmärkte deutlich machte, sind bestimmte Events in der verfügbaren Historie bei den von Banken verwendeten Modellen nicht enthalten. Bei der Beurteilung des unerwarteten Ausfallrisikos werden diesem Umstand Rechnung getragen und die Modellberechnungen durch anlassbezogene Zusatzanalysen und regelmäßig durchgeführte Stresstests erweitert. Diese stehen als zusätzliche Entscheidungsgrundlage dem Management zur Verfügung.

Ratingverteilung

Die Aufstellung der Kreditexposure nach Rating zeigt, dass das Exposure in den oberen Ratingkategorien konzentriert ist. 72 % des Exposures sind AAA/AA-geratet, 96 % sind investment-grade. Das Portfolio der KA hat eine hohe Kreditqualität; das kapitalgewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist Aa3 (nach Moody's-Ratingskala).

Kreditexposureverteilung nach Rating

31.12.2010 in EUR 1.000 bzw. %	Exposure	Anteil Proportionen	davon Wertpapiere	davon Haftungen	davon Darlehen
AAA	3.368.848	22,8 %	106.258	0	3.247.440
AA	7.223.154	48,9 %	867.407	1.920	5.979.516
A	2.131.293	14,4 %	732.643	30.594	1.038.252
BBB	1.474.485	10,0 %	267.765	114.036	1.063.750
BB	528.078	3,6 %	239.083	23.731	261.843
B	44.065	0,3 %	0	0	44.065
CCC	0	0,0 %	0	0	0
D	75	0,0 %	0	0	75
nicht geratet	0	0,0 %	0	0	0
Summe	14.769.998	100,0 %	2.213.156	170.281	11.634.940

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen werden bei der Kreditvergabe und im Zuge der monatlichen Kreditrisikoreports, welche dem RMC berichtet werden, festgestellt. Das Gesamtportfolio wird dabei nach unterschiedlichen Gesichtspunkten ge-

gliedert dargestellt (Gliederung nach Ländern, Regionen, Top-100-„Gruppe verbundener Kunden“, Rating, Sektoren). Zusätzlich erfolgt die Feststellung von Risikokonzentrationen einzelner Teilportfolien durch den Bereich Kreditrisiko, welcher im Zuge von Portfolioanalysen etwaige Handlung-

gen vorschlägt. Portfolioanalysen umfassen korrelierende regionale und/oder sektorale Risiken oder Risikokonzentrationen und dienen vor allem der Früherkennung, Begrenzung und Aussteuerung von Risikoportfolien unter aktuellen und künftigen Umfeldbedingungen. Je nach Risikoeinschätzung wird ein Review in unterschiedlichen Intervallen durchgeführt, jedoch zumindest jährlich. Anlassbezogen kann ein Portfolioreview auch ad hoc zwischen den tourlichen Intervallen angestoßen werden.

Das Exposure der Top-20-„Gruppe verbundener Kunden“ umfasst 54,1 % des Gesamtexposures. Die hohe Assetkonzentration im Segment der öffentlichen Hand, und hier wiederum vorwiegend in Österreich, resultiert aus dem von der KA alt abgespaltenen strategischen Geschäft. Das daraus resultierende Risiko wird aufgrund der sehr niedrigen Ausfallserwartung als gering eingeschätzt. Daher wurden

Limitierungen von Konzentrationsrisiken nur in Form von Länderlimiten eingeräumt.

Ländertransferrisiko

Die KA definiert Länderrisiko als politisches Transferrisiko. Kreditexposure von Töchtern und Zweigstellen werden im jeweiligen Sitzland ausgewiesen, nicht im Land der Muttergesellschaft. Das Länderrisiko der KA wird monatlich im RMC berichtet. Je Land werden Angaben über Länderrating, Exposure je Produktart, erwarteter und unerwarteter Verlust und Limitausnutzung überwacht.

Geografisch verteilt sich der Großteil des Exposures auf die Euro-Staaten (EU-17 inkl. Österreich, 79 %) sowie die restlichen EU-Staaten (7 %). Das Exposure im Segment Nicht-EU-Europa (12 %) entfällt zu 78 % auf die Schweiz.

Kreditexposureverteilung nach Region

31.12.2010 in EUR 1.000 bzw. %	Exposure	Anteil Proportionen	davon Wertpapiere	davon Haftungen	davon Darlehen
Österreich	8.567.569	58,0 %	534.995	109.957	7.630.615
EU-17	3.069.047	20,8 %	853.449	11.359	1.755.617
davon Staaten mit EU-Unterstützungsmaßnahmen	231.863	1,6 %	225.436	0	6.427
EU-Rest	1.054.021	7,1 %	794.533	48.965	210.522
Nicht-EU-Europa	1.744.992	11,8 %	30.179	0	1.709.613
Sonstige	334.369	2,3 %	0	0	328.573
Summe	14.769.998	100,0 %	2.213.156	170.281	11.634.940

Kreditrisikoversorge

Es findet regelmäßig eine Beurteilung statt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kundenengagements oder Engagements einer Gruppe verbundener Kunden vorliegen. Die Beurteilung der Wertminderung findet entweder im Zuge der jährlichen Bonitätsupdates oder anlassbezogen statt. Die Ermittlung der Wertminderungen für Kreditausfälle obliegt dem Risikomanagement unter Genehmigung des Vorstands.

Das Obligo an Staaten mit EU-Unterstützungsmaßnahmen bezieht sich ausschließlich auf Staatsanleihen, welche unter die Maßnahmen der European Financial Stability Facility fallen; es werden daher keine Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Die Bestandteile der gebildeten Wertminderung für Kreditausfälle sind Einzelwertberichtigungen und Wertminderungen nach dem Incurred-Loss-Model nach IFRS für bereits eingetretene, jedoch noch nicht erkennbare Verluste.

in EUR Mio.	31.12.2010
Wertberichtigung für Kreditrisiken	0,1
Portfoliowertberichtigung nach dem Incurred-Loss-Model nach IAS 39	0,0
Summe	0,1

Die KA hat finanzielle Vermögenswerte (Forderungen) in Höhe von TEUR 2,8 Mio., von denen zum Ende der Berichtsperiode ein Teilbetrag von TEUR 605,5 länger als 90 Tage überfällig, aber nicht im Wert gemindert ist.

Partner mit erhöhtem Kreditrisiko

Zur Feststellung und Behandlung erhöhter Kreditrisiken gibt es einen mehrstufigen Risikokontrollprozess, wonach sämtliche Partner nunmehr in vier Risikostufen eingeteilt werden:

- 0 Standard-Risikostufe für alle Partner, die nicht unter die nachfolgenden Risikostufen fallen
- 1 Partner, welche ein erhöhtes Kreditrisiko bzw. negative Tendenz aufweisen und daher einem engen Monitoring unterliegen
- 2 Partner in Problemkreditbearbeitung, welche nicht der Risikostufe 3 zugeordnet werden
- 3 Nachhaltiger Schuldnerverzug, Kundeninsolvenz, reine Umstrukturierung

Volumen je Risikostufe

Risikostufe (in EUR Mio.)	31.12.2010	31.12.2009
1	415,2	270,4
2	0,0	0,0
3	12,9	12,7

Der Bereich Kreditrisiko aktualisiert laufend die Liste der Partner mit erhöhten Kreditrisiken, welche monatlich im Rahmen der Kreditsitzung präsentiert wird und einer qualitativen Informationsbereitstellung über das risikorelevante Exposure in der KA dient. Abzuleitende Maßnahmen werden im Zuge der Kreditsitzung beschlossen. Darüber hinaus wird quartalsweise ein Report über die Partner mit erhöhtem Kreditrisiko basierend auf der Liste mit den wesentlichsten Ereignissen der letzten drei Monate dem Vorstand und dem Aufsichtsrat weitergeleitet.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko als Teil des Kreditrisikos ist aufgrund der Natur der Beteiligung von untergeordneter Bedeutung.

Kontrahentenausfallrisiken aus Derivaten, Pensions- und Wertpapiergeschäften

Für Derivate gibt es mit allen Partnern Credit-Support-Agreements, verbunden mit Nettingvereinbarungen sowie täglichem Collateralmonitoring.

Pensionsgeschäfte werden in Form von echten Pensionsgeschäften und überwiegend über Plattformen mit täglichem Margining abgewickelt. Sofern bei Pensionsgeschäften als Cashnehmer aus dem Haircut ein Kontrahentenrisiko verbleibt, wird dieses dem Partner zugeordnet und bei der Exposureberechnung im Kreditrisiko berücksichtigt. Wertpapiergeschäfte werden ausschließlich auf Basis „delivery against payment“ über Euroclear bzw. Clearstream abgewickelt.

Aus den beschriebenen Abwicklungsprinzipien ist das Kontrahentenausfallrisiko aus Derivaten, Pensionsgeschäften und Wertpapiergeschäften nicht materiell.

Liquiditätsrisikomanagement

Die KA unterscheidet beim Liquiditätsrisiko zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Zahlungsunfähigkeitsrisiko) als der Gefahr, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann, und dem Refinanzierungsrisiko als der Gefahr, zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension unterscheidet die KA zwischen kurzfristigem (bis zu einem Jahr) und langfristigem (ab einem Jahr) Liquiditätsmanagement.

Zentrale Elemente des Liquiditätsrisikomanagements sind:

- Analyse der Liquiditätsposition
- Berichtswesen an den Vorstand
- Bestimmung des mittel- und langfristigen Refinanzierungsbedarfs inklusive eines Emissionsplans
- Pflege und Weiterentwicklung des Liquiditätsmodells
- Regelmäßige Überprüfung und Festlegung von internen Transferpreisen

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko (< 1 Jahr)

Zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität steht dem Management ein auf täglicher Basis erstelltes kurz- und mittelfristiges Liquiditätsszenario zur Verfügung. In diesen Szenarien werden neben den vertraglichen Zahlungsströmen auch erwartete Zahlungsströme aus neuen Emissio-

nen, Kündigungen bestehender Geschäfte, Auszahlungen aus Neugeschäftsabschlüssen, Repo-Prolongationen sowie der Liquiditätsbedarf aus den Dotierungen von Barsicherheiten (aus CSA-/ISDA-Vereinbarungen) berücksichtigt. Die resultierenden Liquiditäts-Gaps werden im kurzfristigen Liquiditätsszenario auf Tagesbasis bzw. danach auf Monatsbasis gesteuert.

In der nachfolgenden Tabelle sind die erwarteten Liquiditäts-Gaps, die aus internen und externen Maßnahmen zusätzlich verfügbare Liquidität und die Liquiditätsposition nach diesen Maßnahmen periodisch dargestellt:

31.12.2010 in EUR Mio.	Erwarteter Liquiditätsgap	Zusätzlich verfügbare Liquidität	Liquiditätsposition nach Maßnahmen
Bis zu einem Monat	222	647	869
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	-616	-37	-653
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	66	-82	-16
Summe	-327	527	200

Im Jahr 2010 konnte die Umstellung auf ein tägliches Management von Barbesicherungen für Derivatverträge abgeschlossen werden. Dies reduziert das Kreditrisiko und ermöglicht eine raschere Generierung von Liquidität, wenn marktwertbedingte Nachschussverpflichtungen der Counterparts bestehen.

Langfristiges Liquiditätsrisiko (> 1 Jahr)

Zur Liquiditätssteuerung und zur strukturellen Analyse der Liquiditätsrisikoposition verwendet die KA eine Analyse der erwarteten Kapitalströme für die Gesamtlaufzeit aller On- und Off-Balance-Geschäfte. Die Überhänge aus den Kapitalein- und Kapitalauszahlungen werden auf periodischer und kumulierter Ebene überwacht und sind die Basis für die strategische Liquiditätssteuerung durch den Vorstand.

Organisation und Berichtswesen

Eine Liquiditätsvorschau einschließlich der Einschätzung zusätzlich verfügbarer Liquidität wird täglich erstellt, täglich an den Treasury-Vorstand und monatlich im RMC auf Gesamtvorstandsebene berichtet. Zusätzlich wird das langfristige Liquiditätsrisiko im monatlichen RMC auf Gesamtvorstandsebene überwacht. Zusätzlich findet ein wöchentlicher Jour Fixe zwischen Vorstand und Treasury zum operativen und strategischen Liquiditätsmanagement statt.

Die KA entwickelt ihr Liquiditätsmanagement laufend weiter. Im abgelaufenen Jahr wurden folgende Weiterentwicklungsschritte gesetzt:

- Abschluss der Weiterentwicklung des Liquiditätsreportings unter Berücksichtigung des neuen Geschäftsmodells der KA, des Informationsbedürfnisses verschie-

derer Beteiligter sowie der neuen regulatorischen Anforderungen

- Überarbeitung und Ergänzung der Prozessdokumentationen für das Liquiditätsrisikomanagement im „Risikomanagementhandbuch Liquiditätsrisiko“. Das Handbuch beinhaltet wichtige Ergänzungen in der Prozessdokumentation (u. a. schriftlich fixierter Krisenfinanzierungsplan, Limitierung)
- Beschluss der überarbeiteten Liquiditätsrisikostategie mit neuer Limitstruktur für das kurzfristige (operative) und langfristige (strukturelle) Liquiditätsrisiko
- Implementierung eines überarbeiteten und konkretisierten Liquiditätsnotfallplans

Krisenplan

Der Liquiditätsnotfallplan (Krisenplan) dient einem effizienten Liquiditätsmanagement in einem krisenhaften Marktumfeld. Das Institut verfügt über einen Liquiditätsnotfallplan, der für den Notfall die Verantwortlichkeiten und die Zusammensetzung von Krisengremien, die internen und externen Kommunikationswege sowie ggf. die zu ergreifenden Maßnahmen regelt. In einem Notfall übernimmt ein Krisengremium die Liquiditätssteuerung. Im Einzelfall entscheidet das Krisengremium über die zu treffenden Maßnahmen.

Analyse finanzieller Verbindlichkeiten

In der folgenden Tabelle werden die Fälligkeiten vertraglicher, nicht diskontierter Cashflows finanzieller Verbindlichkeiten dargestellt (Nettodarstellung bei Derivaten, positiver Wert ist Auszahlungsüberhang):

31.12.2010 in EUR Mio.	Verbindlichkeiten zu fortge- führten Anschaffungskosten	Derivate als Sicherungs- instrumente designiert	Trading
Bis zu einem Monat	1.441,08	11,56	10,49
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	1.589,21	18,75	41,93
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	1.217,96	33,87	73,45
Mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahre	8.114,83	132,47	270,23
Mehr als 5 Jahre	4.936,93	81,44	161,24
Summe	17.300,02	278,09	557,35

Der Nominalbetrag der Zinsswaps betrug per Stichtag 31. Dezember 2010 EUR 19,0 Mrd.

Die Cashflows umfassen neben Tilgungs- auch Zinszahlungen. Für Verbindlichkeiten mit variablen Cashflows werden die zukünftig anfallenden Cashflows auf Basis von Forward-Sätzen ermittelt.

Bei der Zuordnung der Beträge wurde auf die vertragliche und nicht auf die erwartete Restlaufzeit abgestellt. Steht ein Rückzahlungstermin im Ermessen des Gläubigers, ist der Betrag dem Laufzeitband mit der frühest möglichen Rückzahlung zugeordnet. Zugesagte und noch nicht abgerufene Zahlungsverpflichtungen sind mit dem frühest möglichen Abrufdatum eingeordnet.

Marktrisikomanagement

Zinsänderungsrisiko

Bei der Messung, Steuerung und Begrenzung von Zinsrisiken aus nicht im Handelsbuch gehaltenen Positionen unterscheidet die KA grundsätzlich zwischen dem periodenorientierten Repricingrisiko und dem barwertorientierten Zinsänderungsrisiko.

Zum Zweck der effizienten Steuerung des Zinsrisikos und des Nettozinsertrags verfügt die KA über ein Analyse- und Simulationsinstrument (Zins-Gap-Struktur je Währung, Zins-VaR, Sensitivitätsanalysen, Simulationstransaktionen), das die Prognose und gezielte Steuerung des Gesamtbankzinsrisikos aus nicht im Handelsbuch gehaltenen Positionen, der G&V-Sensitivität des IFRS-Fair-Value-Bestandes sowie des periodischen Nettozinsertrages ermöglicht. Für die Berechnung des Zins-VaR wird der Varianz-/Covarianz-Ansatz mit einer Haltedauer von 20 Handelstagen und einem Konfidenzintervall von 95 % angewandt, wobei gleichgewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen herangezogen werden.

Das Portfolio der KA beinhaltet weitgehend Positionen mit klar definierter Zins- und Kapitalbindung. Nicht lineare Risiken sind fast vollständig abgesichert. Private Spareinlagen mit der Notwendigkeit zur Modellierung von Zins- und Kapitalbindungen gibt es nicht. Nicht lineare Risiken, soweit nicht abgesichert, werden in einer Szenarioanalyse quantifiziert und zum Zins-VaR unkorreliert addiert. Die Risikoquantifizierung erfolgt in der KA unter Verwendung des voll integrierten SAP/SEM-IT-Systems.

Im Rahmen der regelmäßigen Zinsrisikosteuerung werden die Gapstrukturen je Währung analysiert und die Preissensitivität der Gesamtposition sowie die Auswirkungen von Zinsänderungen auf den Perioden-Nettozinsertrag (Repricingrisiko) für verschiedene Szenarien quantifiziert. Das Repricingrisiko wird täglich für die Hauptwährungen der KA (EUR, USD, CHF) gemessen und dem Treasury als Steuerungsgrundlage zur Verfügung gestellt.

Bei der Steuerung unterscheidet die KA zwischen den Teilportfolios

- unterjährige Zinsposition („kurzfrist ALM“)
- überjährige Zinsposition („langfrist ALM“)
- Eigenkapitalveranlagungsportfolio („Eigenkapital-Buch“)
- IFRS-Fair-Value-Position

Als technische Entscheidungsunterstützung stehen in der RMC-Sitzung dynamische Simulationsmöglichkeiten für Steuerungsmaßnahmen je Währung sowie zur Ermittlung der Auswirkung von Steuerungsentscheidungen auf die Risiko- und Performancekennzahlen zur Verfügung.

Das Zinsänderungsrisiko aus nicht im Handelsbuch gehaltenen Positionen wird wöchentlich operativ in Sitzungen des Asset-Liability-Committee (ALCO) und monatlich in Sitzungen des Risk-Management-Committees (RMC) überwacht und gesteuert. Zu diesem Zweck wird das barwert-

ge Zinsänderungsrisiko des gesamten Bankbuches nach Währungen analysiert und berichtet.

Jährlicher Nettozinsertragseffekt aus dem Repricingrisiko der KA per 31. Dezember 2010 in MEUR bei einem sofortigen Zinsanstieg der kurzfristigen Zinsen um +100BP:

EUR	USD	CHF	Sonstiges	Gesamt
-2,5	-1,7	-1,3	0,6	-4,8

Barwertiges Zinsänderungsrisiko im Bankbuch der KA per 31. Dezember 2010 in MEUR bei einem +25BP-Parallelshift der Zinskurve:

EUR	USD	CHF	JPY	Sonstiges	Gesamt	VaR Gesamt
-11,4	-0,8	-4,7	-12,8	0,4	-29,3	-14,8

Wechselkursrisiko

Das Wechselkursrisiko ist das Risiko eines Verlustes in Fremdwährungspositionen, verursacht durch eine ungünstige Veränderung des Wechselkurses, wobei die offene Devisenposition die Differenz zwischen der Summe der Aktivpositionen und der Summe der Passivpositionen einer Währung ist.

Zur Messung des Risikos wird täglich ein VaR der offenen Devisenposition ermittelt, basierend auf dem Varianz/Covarianz-Ansatz mit einer Haltedauer von einem Handelstag und einem Konfidenzintervall von 99 %, wobei exponentiell-gewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen herangezogen werden.

Der FX-VaR per 31. Dezember 2010 beträgt MEUR 0,01.

Operationelles Risiko

In der KA wird operationelles Risiko als die Möglichkeit von Verlusten aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse definiert. Auch das Rechtsrisiko und das Reputationsrisiko sind Teil des operationellen Risikos. Externe Ereignisse, die rein den Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko oder sonstigem Risiko zuzuordnen sind und keinen operationellen Hintergrund haben, fallen nicht unter diese Definition. Als klares Ziel des Operationellen Risikomanagements (ORM) wurde formuliert, operationelle Risiken nicht nur zu identifizieren und zu bewerten, sondern aus dem ORM-Prozess einen Mehrwert für die Bank zu generieren.

Die Verantwortlichkeiten im ORM-Prozess sind eindeutig geregelt, ein Operational-Risk-Officer ist ernannt. In Ab-

stimmung mit diesem ernannt das Management Operational-Risk-Correspondents (ORC), die als Ansprechpartner in den jeweiligen Bereichen das Bindeglied zum Operationellen Risikomanagement darstellen und den ORM-Prozess unterstützen.

Als Instrumente für das Management operationeller Risiken stehen die Operationelle Ereignisdatenbank sowie Risk & Control-Self-Assessments zur Verfügung. Die Operationelle Ereignisdatenbank verkörpert dabei die vergangenheitsbezogene Sicht, d. h. realisierte Gewinne/Verluste aufgrund operationeller Ereignisse werden in der Datenbank unter Einbindung des Linienmanagements erfasst. Operational-Risk & Control-Self-Assessments stellen die zukunftsbezogene Sichtweise dar. Risiken werden identifiziert und einer subjektiven Bewertung auf ihren Risikogehalt hin unterzogen. Die Assessments werden in der KA als Coached-Self-Assessments durchgeführt, d. h., die Einschätzung und Beurteilung einzelner Risiken erfolgt durch die Bereiche selbst. Die Einträge aus der Ereignisdatenbank dienen dabei als Input und Feedbackschleife zur Neubewertung von Risiken. Das Management wird tourlich über operationale Risiken im Rahmen der RMC-Meetings informiert.

Business Continuity Management

Das Business Continuity Management (BCM) orientiert sich an branchenüblichen Kriterien. Der Managementansatz garantiert ein umfassendes, angemessenes und effizientes betriebliches Kontinuitätsmanagement. Es beinhaltet die Erstellung und das Management der Kontinuitäts- und Wiederanlaufpläne sowie die Umsetzung von abgeleiteten Maßnahmen zur Reduktion von Unterbrechungen kritischer Geschäftsprozesse.

INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM (IKS)

Einleitung

Das IKS-Rahmenwerk der KA orientiert sich an den allgemein anerkannten Standards, wie z. B. den Regelungen des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO), und besteht aus fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Das Ziel des IKS ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive und sich ständig verbessernde interne Kontrollen, vor allem in Hinsicht auf die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung, zu gewährleisten. Das IKS ist einerseits auf die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften, andererseits auf die Schaffung von vorteilhaften Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen in den Schlüsselprozessen der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung ausgerichtet.

Kontrollumfeld

Der grundlegende Aspekt des Kontrollumfelds ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die Mitarbeiter/innen operieren. Das Unternehmen hat aktiv an der Verbesserung der Kommunikation und der Vermittlung der unternehmenseigenen Grundwerte gearbeitet; ein höchstmögliches Niveau von Moral, Ethik und Integrität im Unternehmen und im Umgang mit anderen wird angestrebt.

Zentrale organisatorische Grundprinzipien sind die Vermeidung von Interessenkonflikten durch strikte Trennung von Markt und Marktfolge, die transparente Dokumentation von Kernprozessen und Kontrollschritten sowie eine Anwendung des Vier-Augen-Prinzips.

Die Interne Revision überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung der internen Vorschriften. Der Leiter der Internen Revision berichtet direkt an den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikobeurteilung

Das Risikomanagement der KA hat das Ziel, alle identifizierbaren Risiken aufzudecken und gegebenenfalls Maßnahmen zu deren Abwehr und Verhinderung einzuleiten. Dies beinhaltet auch die Risiken einer wesentlichen Fehldarstellung bei der Abbildung von Transaktionen.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Prozesse, die dazu dienen, Risiken zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten. Demzufolge werden Maßnahmen ergriffen, die verhindern sollen, dass das Erreichen der Unternehmensziele durch Risiken, die schlagend werden, beeinträchtigt wird.

Risiken werden durch das Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich beurteilt wurden. Die von den zuständigen Stellen durchgeführten internen Kontrollmaßnahmen werden regelmäßig evaluiert.

Kontrollmaßnahmen

In der KA besteht ein Regelungssystem, welches Strukturen, Prozesse, Funktionen und Rollen innerhalb des Unternehmens festlegt. Dieses bestimmt explizit, wie mit Arbeitsanweisungen oder Arbeitsrichtlinien umzugehen ist bzw. wie diese zu befolgen sind. Dies betrifft vor allem die Informationsverarbeitung, die Dokumentation der gesendeten und empfangenen Information sowie die Vermeidung unerwünschter Käufe oder Verkäufe von Vermögensgegenständen, die eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss hätten. Zusätzlich zum Vorstand und Aufsichtsrat umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene sowie den Operational-Risk-Officer und die Interne Revision.

Es wird darauf geachtet, dass sämtliche Kontrollmaßnahmen so umgesetzt werden, dass sichergestellt ist, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vorgebeugt bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der regelmäßigen Prüfung der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen. Der Bilanzierungs- und Budgetierungsprozess inklusive Kontrollschritte ist für die Gruppe dokumentiert und unterliegt einem jährlichen Review-Prozess.

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf die IT-Sicherheit stellen einen Eckpfeiler des Internen Kontrollsystems dar. So wird die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen unterstützt.

Information und Kommunikation

Die Bereiche der KA, insbesondere der Bereich Controlling bzw. der Bereich Rechnungswesen, berichten regelmäßig an den Vorstand, welcher seinerseits regelmäßig u. a. Monats- und Quartalsergebnisse an den Aufsichtsrat berichtet. An den Aufsichtsrat berichten zudem die Interne Revision sowie der Compliance Officer. Die Informationstiefe richtet sich einerseits nach der vom Vorstand verlangten, andererseits nach der von den jeweiligen Bereichen für wichtig erachteten Information.

Dem Aufsichtsrat wird regelmäßig umfassend berichtet. Hier beinhaltet der Informationsfluss die Rechenwerke (Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung inklusive Kommentierung der wesentlichen Entwicklungen, Kapitalplanungsrechnungen) des Unternehmens, wie auch Analysen zum Liquiditätsrisiko des Bereichs Treasury und Neugeschäftsanalysen des Vertriebsbereichs. Die Gesellschafter/Öffentlichkeit wird durch den Halbjahresfinanzbericht und den Jahresfinanzbericht informiert. Darüber hinaus wird den Erfordernissen von Ad-hoc-Meldungen entsprochen.

Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern/innen des Rechnungswesens und vom Vorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates einer abschließenden Prüfung und ausdrücklichen Freigabe unterzogen.

Durch die Überwachung der Einhaltung sämtlicher Regeln will die KA eine möglichst große Sicherheit aller betrieblichen Abläufe und Prozesse und den Einklang mit den konzernweiten Vorschriften erlangen. Wenn Risiken und Kontrollschwächen aufgedeckt werden, werden Abhilfe- und Abwehrmaßnahmen von den Verantwortlichen zeitnah erarbeitet und die Umsetzung der Follow-Up-Strukturen überwacht.

Um die Einhaltung auf Konzernebene gewährleisten zu können, wird die Einhaltung der Vorgaben gemäß dem jährlich zu erstellenden Plan der Internen Revision und der Konzernrevision zusätzlich überprüft.

NACHHALTIGKEIT

Nachhaltiges Wirtschaften in der Kommunal-kredit Austria AG

Nachhaltigkeit wird in der KA als wichtiger Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Unternehmens betrachtet, dabei wird die Ausrichtung auf einen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekt nicht als Widerspruch gesehen.

Mit dem Aufbau des Umweltmanagementsystems in den Jahren 1996/1997 war die KA der erste Finanzdienstleister Europas, der 1997 die EMAS-Zertifizierung (EMAS, Eco-Management and Audit Scheme) erhielt. Das Umweltmanagementsystem wurde über die Jahre immer mehr um soziale und ökologische Aspekte erweitert und ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem aufgebaut. 2004 wurde der erste Nachhaltigkeitsbericht publiziert. Der seit damals jährlich erscheinende Nachhaltigkeitsbericht wird in Einklang mit den Richtlinien der Global Reporting Initiative (GRI) erstellt und entspricht dem Anforderungsniveau A+. Der Nachhaltigkeitsbericht ist gleichzeitig eine vereinfachte Umwelterklärung nach EMAS.

2010 wurde eine Vielzahl an Aktivitäten gesetzt, die aufzeigen, dass sich ökonomische, ökologische und soziale As-

pekte gut miteinander verbinden lassen. Im Folgenden sind einige Aktivitäten beispielhaft vorgestellt.

Nachhaltigkeit in unserer Geschäftspolitik

Die KA als Kompetenzzentrum für das Kommunale baut ihr Kerngeschäft als spezialisierter Anbieter für das Kommunalfinanzierungsgeschäft sowie für kommunale und infrastrukturnahe Projektfinanzierungen und Projekte zur Förderung der sozialen Infrastruktur stetig weiter aus. Sie ist in diesem Segment gut positioniert und ihren Kunden verpflichtet, sie bei ihren wichtigen Aufgaben beim Aufbau und der Erhaltung öffentlicher Infrastruktur zu unterstützen.

Mit bedarfsorientierten Maßnahmen wird aktiv auf Kunden zugegangen. So wurde 2010 gemeinsam mit dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie die „Initiative Licht“ lanciert. Durch verbessertes Energiemanagement sind Energiekostensparnisse im Ausmaß von bis zu 50 % möglich. Diese zeigt Kommunen attraktive Möglichkeiten auf, wie durch Maßnahmen im Beleuchtungsbereich mehr Sicherheit und Lebensqualität bei gleichzeitiger Energieeffizienz erzielt werden kann.

Nachhaltigkeit im internen Fokus

2010 stand u. a. vor allem der Abfallbereich im Fokus der Aktivitäten. Konkrete Maßnahmen und Bewusstseinsbildung sollten zu einer Eindämmung des Abfallaufkommens durch Essensverpackungen führen.

Nachhaltigkeit im Fokus unserer Kommunikation

Mit internen Veranstaltungen und Aktionen richtet sich das Nachhaltigkeitsteam an die Kolleginnen und Kollegen, um auf das Thema Nachhaltigkeit – nicht nur in der KA, sondern auch im privaten Umfeld – aufmerksam zu machen. So gab es 2010 erstmals eine Teilnahme des Unternehmens an der Aktion zum „Autofreien Tag“ am 22. September unter dem Motto „Vitamin statt Benzin“.

Erfolgreich eingeführt wurde zudem der unternehmensinterne Nachhaltigkeitspreis. Dieser lädt alle Mitarbeiter/innen ein, ihre Aktivitäten (ob im privaten oder betrieblichen Umfeld), die einen positiven Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten – sei es auf ökologischer, sozialer oder ökonomischer Ebene –, einzureichen. Ziel dieser Initiative ist es, gute Ideen Einzelner „vor den Vorhang zu holen“. Für die drei Erstplatzierten winkt eine Prämie. Zur ersten Ausschreibung wurden zehn Projekte eingereicht. Die Prämierung erfolgte durch Voting aller Mitarbeiter/innen.

Der umfassende Nachhaltigkeitsbericht 2010 inkl. der ökologischen und sozialen Kennzahlen steht unter www.kommunalkredit.at/nachhaltigkeit als Download zur Verfügung.

COMPLIANCE UND GELDWÄSCHE

Der von der KA unterzeichnete Standard Compliance Code der österreichischen Kreditwirtschaft (SCC) enthält konkrete sowie über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausgehende Anforderungen betreffend den fairen Umgang mit den Kunden und die Sicherung ihres Vertrauens.

Die KA verfügt über eine den gesetzlichen Bestimmungen und dem SCC entsprechende interne Compliance-Ordnung und eine Compliance-Organisation unter Leitung eines Compliance-Verantwortlichen. In Übereinstimmung mit dem SCC liegt der Schwerpunkt der Compliance-Ordnung der KA in der Verhinderung des Missbrauchs von Information, etwa durch Insiderinformationen oder Marktmanipulation. Darüber hinaus soll durch die Compliance-Organisation der KA die Verletzung jeglicher gesetzlicher oder interner Anforderungen schon im Vorfeld verhindert werden, um so möglichen Gefahren für die Reputation des Un-

ternehmens zu begegnen. Seitens der Compliance werden auch die Aktualität der Compliance-Ordnung und ihre Einhaltung konzernweit sichergestellt.

Der Compliance-Verantwortliche der KA ist Ansprechstelle für alle Mitarbeiter/innen und informiert diese regelmäßig über die geltenden Anforderungen. Als Geldwäschebeauftragter hat der Compliance-Verantwortliche auch die Einhaltung der in §§ 40 bis 41 Bankwesengesetz normierten „Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung“ zu gewährleisten.

Die Beachtung aller für das Unternehmen relevanten gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften ist selbstverständliche Basis des täglichen Handelns der KA. Die laufende Überwachung der Rechtsvorschriften dient der Sicherstellung eines entsprechend aktuellen Wissensstandes.

PROGNOSEBERICHT

Die makroökonomische Gesamtlage wird im Jahr 2011 weiterhin durch Verwerfungen an den Finanzmärkten gekennzeichnet sein. Während eine Verunsicherung der Märkte durch die Entwicklungen im arabischen Raum und die Folgen des schweren Erdbebens in Japan gegeben ist, greifen auf europäischer Ebene zunehmend die stabilisierenden Maßnahmen der Europäischen Union. Basierend auf einem von den Schwellenländern getriebenen Wachstum der Weltwirtschaft wird die weitere Erholung der Eu-

ropäischen Wirtschaft 2011 erwartet. So prognostiziert das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung für den Zeitraum 2011 bis 2015 ein reales Wirtschaftswachstum in Österreich und der Europäischen Union von durchschnittlich 2,2 % p. a. Diese leichte Erholung der Konjunktur wird, verbunden mit einer prognostizierten Inflationsrate der Europäischen Kommission für 2011 von rund 2,2 %, im Euroraum zu einer moderat restriktiveren Geldpolitik und somit zu einem leicht steigenden Zinsniveau führen.

Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte wird in Europa zu einer Fortsetzung der Maßnahmen zur Stabilisierung öffentlicher Budgets und zur Verringerung von Defiziten führen. Diese stabilisierenden Maßnahmen, insbesondere die European Financial Stability Facility (EFSF), bleiben von Bedeutung. In Folge entstehen zukünftig für die öffentlichen Haushalte national wie auch international auf allen Verwaltungsebenen zunehmend Anreize, die Umsetzung von öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Infrastrukturvorhaben über Projektstrukturen zu realisieren.

Gleichzeitig bleibt das Kreditwachstum insgesamt moderat, da öffentliche Wachstumsimpulse nur reduziert möglich sind. Die Wettbewerbssituation auf dem Finanzsektor bleibt daher intensiv. Trotz steigender Kapitalanforderungen und systemisch hoher Liquiditätskosten wird weiterhin ein teils sehr aggressives Preisverhalten mancher Marktteilnehmer beobachtet. Die KA wird in diesem Umfeld ihre ertragsorientierte, auf nachhaltige und problemlösungsorientierte Kundenbeziehungen ausgerichtete Marktstrategie konsequent fortsetzen.

Mit der Zustimmung der Europäischen Kommission zur Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit und der damit verbundenen Repositionierung des Geschäftsmodells der neuen Kommunalkredit mit Fokus auf dem kommunalen und infrastrukturnahen Projektgeschäft sieht sich die KA in ihrem strategischen Ansatz bestätigt. Die KA wird sich daher weiterhin voll auf Problemlösungen für ihre Kunden konzentrieren, und zwar in den Segmenten:

- Energie & Umwelt (nachhaltige Energieträger)
- Soziale Infrastruktur (Pflegeheime, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen)
- Verkehr (Straße, Schiene)

Die Dynamik in diesen Bereichen, ihre nachhaltige Zukunftsrelevanz sowie das positive Feedback der Kunden und Marktpartner stimmen sehr positiv für die Zielerreichung. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die KA basierend auf ihre fundierte Tier-1- und Eigenmittelausstattung von 15,7 % bzw. 19,7 % bereits heute gut hinsichtlich der erwarteten Herausforderungen unter Basel III gerüstet ist.

Mit 30. Dezember 2010 trat das Stabilitätsabgabegesetzes in Kraft, welches Banken zur Zahlung einer Stabilitätsabgabe verpflichtet. Auf Basis der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2010 beträgt die seitens der KA in den Jahren 2011 bis 2013 zu leistende Stabilitätsabgabe jährlich rund EUR 7,4 Mio. bzw. für den gesamten Zeitraum EUR 22,2 Mio. Zusätzlich unterliegt die KA aus den Auflagen der Europäischen Kommission einer zusätzlichen Belastung aus einer kompensatorischen Eigenleistung an die Republik Österreich in Höhe des ansonsten erzielten UGB-Jahresergebnisses. Damit werden auch an die Partizipationskapital- und Ergänzungskapitalinhaber keine Dividenden- und Kuponzahlung geleistet. Dies wird erst wieder ab der mittelfristig angestrebten Privatisierung möglich sein.

Die anstehende Privatisierung parallel zum weiteren kundenorientierten Ausbau sowie das kommunale und infrastrukturnahe Projektgeschäft stellen die wesentlichen Chancen für die Zukunft dar. Die KA wird dabei voll im Wettbewerb des Marktes stehen und keine öffentlichen Unterstützungen in Anspruch nehmen. Die KA hat sich erfolgreich als Kompetenzzentrum für das Kommunale und als Anbieter von Lösungen in der kommunalen und infrastrukturnahen Projektfinanzierung positioniert. Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der KA werden diesen gemeinsam eingeschlagenen Weg mit großem Engagement und hoher Einsatzfreude fortführen.

Wien, 11. April 2011

Der Vorstand der Kommunalkredit Austria AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

BERICHT DES AUFSICHTSRATES AN DIE HAUPTVERSAMMLUNG

Der Schwerpunkt des Jahres 2010 lag nach den Restrukturierungsmaßnahmen des Jahres 2009 auf der Umsetzung der klar definierten Strategie im kommunalen und infrastrukturnahen Projektgeschäft, in den Segmenten Soziale Infrastruktur, Energie & Umwelt und Verkehr. Der Aufsichtsrat sieht in diesen Kerngeschäftsbereichen eine solide Basis für die erfolgreiche Weiterentwicklung der Kommunalkredit Austria AG.

Gleichzeitig war im Geschäftsjahr 2010 das anspruchsvolle und aufwendige Bewilligungsverfahren bei der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wettbewerb) im Zusammenhang mit den erfolgten staatlichen Stützungsmaßnahmen an die vormalige Kommunalkredit voranzutreiben, welches mit der Vorlage des Restrukturierungsplanes an die Europäische Kommission Mitte 2009 begann. Im Jahr 2010 wurden das Impaired-Asset-Verfahren erfolgreich abgewickelt sowie eine Vielzahl von detaillierten Fragenkomplexen beantwortet, um die von der Republik Österreich geführten Verhandlungen mit der Kommission zu unterstützen. Damit wurde die Basis für den positiven Abschluss des Beihilfverfahrens gelegt. Die EU-Kommission hat am 31. März 2011 die Genehmigung des Beihilfverfahrens erteilt. Die zwischen der Republik Österreich und der EU vereinbarten Auflagen entsprechen dem eingereichten Restrukturierungsplan und den üblichen Usancen der EU in derartigen Verfahren.

Der Aufsichtsrat hat sich intensiv in sieben ordentlichen und einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung sowie in zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses wie auch durch Einholung der erforderlichen Informationen mit den laufenden Agenden der Bank gemäß Satzung und Geschäftsordnung befasst. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über alle wichtigen Vorgänge und Vorkommnisse berichtet. Der Aufsichtsrat hat Ende Oktober 2010 einen Vergütungsausschuss eingerichtet.

Zwischen März und September 2010 fand eine Vor-Ort-Prüfung des Rechnungshofes über die Gebarung der Kommunalkredit Austria AG statt. Das Prüfungsergebnis ist ausstehend.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurde durch die PwC INTER-TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien, vorgenommen. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben, den gesetzlichen Vorschriften wurde entsprochen, weshalb der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung angeschlossen und in seiner Sitzung vom 15. April 2011 den Jahresabschluss 2010 gebilligt, dieser ist damit festgestellt. Weiters wurde der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 samt Lagebericht geprüft und ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat



Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender

Wien, 15. April 2011

EINZELABSCHLUSS

BILANZ DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG NACH BWG

Aktiva in EUR		31.12.2010	31.12.2009
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken		163.605.224,69	2.697.920,80
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind		1.036.018.496,13	1.017.649.691,60
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	1.036.018.496,13		1.017.649.691,60
3. Forderungen an Kreditinstitute		1.349.140.343,45	4.244.579.264,11
a) täglich fällig	43.198.270,98		22.763.094,18
b) sonstige Forderungen	1.305.942.072,47		4.221.816.169,93
4. Forderungen an Kunden		10.085.644.103,83	9.803.837.812,08
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		873.480.724,47	881.567.801,48
a) von öffentlichen Emittenten	463.373.620,40		426.676.429,62
b) von anderen Emittenten	410.107.104,07		454.891.371,86
darunter: eigene Schuldverschreibungen	18.504.065,12		18.518.018,46
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		0,00	1.437,73
7. Beteiligungen		70,00	70,00
darunter: an Kreditinstituten	0,00		0,00
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		6.339.848,12	6.339.848,12
darunter: an Kreditinstituten	0,00		0,00
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		165.990,74	92.259,45
10. Sachanlagen		1.911.066,60	1.919.433,14
11. Sonstige Vermögensgegenstände		1.427.311.956,83	1.298.812.165,82
12. Rechnungsabgrenzungsposten		29.204.802,61	38.338.622,27
Summe Aktiva		14.972.822.627,47	17.295.836.326,60
Posten unter der Bilanz			
1. Auslandsaktiva		5.847.475.501,60	6.714.661.970,24

Passiva in EUR		31.12.2010	31.12.2009
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1.064.038.220,52	2.279.584.612,38
a) täglich fällig	73.693,60		20.588.227,17
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.063.964.526,92		2.258.996.385,21
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		1.580.736.612,25	1.019.949.185,70
Sonstige Verbindlichkeiten			
darunter:			
aa) täglich fällig	1.118.550,38		18.830.657,79
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.579.618.061,87		1.001.118.527,91
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		11.540.974.346,99	13.173.357.087,76
a) begebene Schuldverschreibungen	9.591.764.488,71		10.984.151.126,70
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	1.949.209.858,28		2.189.205.961,06
4. Sonstige Verbindlichkeiten		262.747.843,13	276.417.142,65
5. Rechnungsabgrenzungsposten		26.483.352,94	34.338.719,77
6. Rückstellungen		18.049.487,47	11.757.853,10
a) Rückstellungen für Abfertigungen	1.974.140,47		1.913.319,09
b) Rückstellungen für Pensionen	5.807.766,01		4.748.715,28
c) Steuerrückstellungen	1.545.233,58		627.000,00
d) Sonstige	8.722.347,41		4.468.818,73
7. Nachrangige Verbindlichkeiten		67.527.328,62	67.527.328,62
8. Ergänzungskapital		11.775.738,36	32.414.699,43
9. Partizipationskapital		138.373.250,00	138.373.250,00
10. Gezeichnetes Kapital		225.337.092,86	225.337.092,86
11. Kapitalrücklagen		8.973.626,53	8.973.626,53
a) gebundene	0,00		0,00
b) nicht gebundene	8.973.626,53		8.973.626,53
12. Gewinnrücklagen		508.709,84	508.709,84
a) gesetzliche Rücklage	508.709,84		508.709,84
b) andere Rücklagen	0,00		0,00
13. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG		27.297.017,96	27.297.017,96
14. Bilanzverlust/ Gewinn		0,00	0,00
Summe Passiva		14.972.822.627,47	17.295.836.326,60

Passiva in EUR		31.12.2010	31.12.2009
Posten unter der Bilanz			
1. Eventualverbindlichkeiten		163.653.614,28	207.589.683,80
darunter:			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen aus der Bestellung von Sicherheiten	163.653.614,28		207.589.683,80
2. Kreditrisiken		420.538.208,07	524.805.941,71
darunter: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	0,00		42.000.000,00
3. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 BWG		505.495.756,45	498.794.988,43
darunter: Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 Z. 7 BWG		165.177,68	0,00
4. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 BWG		207.814.034,63	226.653.764,49
darunter: erforderliche Eigenmittel gem. § 22 Abs. 1 Z. 1 und 4 BWG	207.648.856,95		224.590.672,06
5. Auslandspassiva		12.622.472.521,05	13.830.064.357,61

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER KOMMUNKREDIT AUSTRIA AG NACH BWG

in EUR		01.01. bis 31.12.2010	01.01. bis 31.12.2009
1.	Zinsen und ähnliche Erträge	936.966.735,24	478.189.977,98
	darunter:		
	aus festverzinslichen Wertpapieren	75.309.717,97	38.293.977,08
2.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	891.364.851,74	467.345.927,29
I.	NETTOZINSERTRAG	45.601.883,50	10.844.050,69
3.	Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	344.300,74	28,29
	a) Erträge aus anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,00	28,29
	b) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	344.300,74	0,00
4.	Provisionserträge	2.104.353,66	2.308.134,89
5.	Provisionsaufwendungen	1.443.149,62	639.391,80
6.	Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	39.438,78	539.443,36
7.	Sonstige betriebliche Erträge	17.198.020,42	8.188.553,55
II.	BETRIEBSERTRÄGE	63.844.847,48	21.240.818,98
8.	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	35.562.358,68	17.674.976,02
	a) Personalaufwand	22.347.780,40	9.133.012,83
	darunter:		
	aa) Gehälter	15.661.614,76	6.366.731,95
	bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	3.557.995,99	1.521.334,70
	cc) Sonstiger Sozialaufwand	575.466,85	260.728,05
	dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	949.894,23	479.681,49
	ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	1.059.050,73	245.561,21
	ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	543.757,84	258.975,43
	b) Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	13.214.578,28	8.541.963,19
9.	Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände	142.906,06	106.121,36
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.163.393,85	8.817,36
III.	BETRIEBSAUFWENDUNGEN	38.868.658,59	17.789.914,74
IV.	BETRIEBSERGEBNIS	24.976.188,89	3.450.904,24
11.	Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	-33.913.005,42	-5.805.803,36
	davon Veränderung Vorsorge nach § 57 Abs.1 BWG	-27.000.000,00	-5.100.000,00
12.	Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	10.824.943,16	14.282.704,93

in EUR				01.01. bis 31.12.2010	01.01. bis 31.12.2009
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT				1.888.126,63	11.927.805,81
13.	Außerordentliche Erträge			0,00	1.000.000.000,00
14.	Außerordentliche Aufwendungen			0,00	-1.005.959.451,82
15.	Außerordentliches Ergebnis			0,00	-5.959.451,82
16.	Steuern vom Einkommen			-1.776.280,63	-702.019,77
17.	Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 16 auszuweisen			-111.846,00	-14.343,62
VI. JAHRESÜBERSCHUSS				0,00	5.251.990,60
18.	Rücklagenbewegung	Dotierung (-)	Auflösung (+)		
		0,00	0,00	0,00	-5.991.638,96
	darunter: Dotierung/Auflösung der Haftrücklage	0,00	0,00		-26.768.017,96
	Dotierung/Auflösung der Kapitalrücklagen	0,00	0,00		20.776.379,00
VII. JAHRESVERLUST / GEWINN				0,00	-739.648,36
19.	Ausschüttung auf das Partizipationskapital			0,00	0,00
20.	Gewinnvortrag			0,00	739.648,36
VIII. BILANZGEWINN				0,00	0,00

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA AG, WIEN, FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2010

1. Allgemeine Informationen

Die Kommunalkredit Austria AG mit Sitz in Wien, Türkenstraße 9, ist als Spezialbank auf das kommunale Darlehensgeschäft und das infrastrukturnahe Projektgeschäft fokussiert. Sie ist unter der Firmenbuchnummer 45776v beim Handelsgericht Wien eingetragen.

Die KA entstand im Zuge einer Restrukturierung, die nach der Notverstaatlichung der KA alt (Kommunalkredit Austria AG vor Spaltung) infolge der Finanzkrise erforderlich war. Dabei wurde die KA alt in zwei Kreditinstitute aufgespalten: Die KA übernahm das Kerngeschäft der KA alt, welches insbesondere das kommunale Darlehensgeschäft umfasst. Die KA Finanz AG (im Folgenden KF) behielt das sonstige, nicht strategische Geschäft (insbesondere das Wertpapiergeschäft, das Credit-Default-Portfolio und die Anteile an der Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern). Rechtstechnisch erfolgte dieser Vorgang durch eine Abspaltung des Kerngeschäftes der KA alt in die Tochter-

gesellschaft Kommunalkredit Depotbank AG (KDB) und Auskehrung der Anteile an die Eigentümer der KA. Spaltungsstichtag war der 30. Juni 2009. Daher sind die Vorjahreszahlen nicht vergleichbar.

Die Republik Österreich hält 99,78 % der Anteile an der KA, die restlichen Anteile werden vom Österreichischen Gemeindebund gehalten. Die KA ist übergeordnetes Kreditinstitut einer Kreditinstitutsgruppe im Sinne des § 30 BWG. Die Erstellung eines Konzernabschlusses der KA nach IFRS erfolgt gemäß § 59a BWG. Dieser Konzernabschluss wird beim Firmengericht des Handelsgerichts Wien hinterlegt.

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung des positiven Abschlusses des EU-Beihilfverfahrens durch die Europäische Kommission erstellt. Die finale Genehmigung zum Beihilfverfahren wurde am 31. März 2011 durch die Europäische Kommission erteilt.

2. Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den relevanten Vorschriften des BWG (Bankwesengesetz) und den für

Kreditinstitute geltenden Vorschriften des UGB (Unternehmensgesetzbuch) aufgestellt.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften

Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes insofern Rechnung getragen, als nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Ge-

winne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste bei der Bewertung berücksichtigt wurden.

Währungsumrechnung

Berichtswährung ist der Euro. Die auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden gemäß § 58 Abs. 1 BWG zu den von der Europäischen Zentralbank (EZB) bekannt gegebenen Devisenkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Noch nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Forderungen

Forderungen, die von Dritten erworben wurden, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Alle übrigen For-

derungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit dem Nennwert angesetzt.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Zusätzlich erfolgt die Berechnung einer pauschalen Einzelwertberichtigung. Für die Ermittlung werden die finanziellen Vermögenswerte nach ihrem Risikoprofil in vergleichbare Gruppen eingeteilt. Auf Basis von Erfahrungswerten über Ausfälle in diesen Gruppen, die durch Expertenschätzungen an die aktuelle Wirtschaftssituation angepasst werden, wird diese Risikovorsorge unter Beachtung der „Loss Identification Period“ (LIP) ermittelt. In der KA ergab sich auf Basis dieser Berechnung zum 31. Dezember 2010 kein Erfordernis zur Bildung einer entsprechenden Vorsorge.

Weiters wurde aus Gründen der Vorsicht in Anbetracht der besonderen bankgeschäftlichen Risiken eine Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG gebildet.

Wertpapiere

Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden dem Anlagevermögen zugeordnet.

Wertpapiere, die mit Handelsabsicht erworben werden, werden dem Handelsbuch zugeordnet.

Wertpapiere, die weder dem Anlagevermögen noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden als Wertpapiere des Umlaufvermögens klassifiziert.

Die Bewertung erfolgte mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips für das Anlagevermögen und des strengen Niederstwertprinzips für das Umlaufvermögen.

Wertpapiere des Handelsbestandes werden mit dem Tageswert am Bilanzstichtag bewertet. Für die übrigen Wertpapiere des Umlaufvermögens wird das strenge Niederstwertprinzip angewendet.

Für Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bewertet werden, wird vom Wahlrecht der zeitanteiligen Abschreibung von über dem Rückzahlungsbetrag liegenden Anschaffungskostenbeträgen Gebrauch gemacht. Die zeitanteilige Zuschreibungsmöglichkeit auf den höheren Rückzahlungsbetrag wird ebenfalls in Anspruch genommen.

Die Unterschiedsbeträge gem. § 56 Abs. 2 BWG und § 56 Abs. 3 BWG stellen sich wie folgt dar:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 2 BWG (Unterschied zwischen dem höheren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	25.374.857,15	24.081.464,54
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 3 BWG (Unterschied zwischen dem niedrigeren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	12.709.258,46	12.502.794,01

Weiters ergeben sich bei den Wertpapieren des Anlagevermögens folgende stille Lasten bzw. stille Reserven:

Ermittlung stille Lasten in EUR		
Buchwert	1.398.413.835,93	1.703.281.356,00
Beizulegender Zeitwert	1.266.167.664,55	1.598.182.629,98
Stille Lasten	132.246.171,38	105.098.726,02

Ermittlung stille Reserven in EUR		
Buchwert	1.610.338.734,63	1.229.232.027,91
Beizulegender Zeitwert	1.730.404.776,43	1.292.397.310,00
Stille Reserven	120.066.041,80	63.165.282,09

Die stillen Lasten resultieren im Wesentlichen aus Wertpapieren europäischer Staaten und Regionen, welche sich überwiegend im Deckungsstock für fundierte Emissionen befinden. Das Kreditrisiko der betroffenen Wertpapiere wird regelmäßig analysiert und bewertet. Auf Basis dieser Analysen war eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 204 Abs. 1 Z 2 UGB nicht erforderlich, da die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet, sofern nicht anhaltende Verluste oder verringertes Eigenkapital eine Abwertung auf das anteilige Eigenkapital oder auf den Ertragswert erforderlich machen.

Sachanlagen

Sämtliche Betriebs- und Geschäftsausstattung mit Ausnahme eines PKWs (Nutzungsdauer acht Jahre) und der Kunstgegenstände wird im Sinne einer konzerneinheitlichen Verwaltung in der Kommunalkredit Beteiligungs- und Immobilien GmbH geführt. Die Bewertung erfolgte mit den um die planmäßigen Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten. Auf Kunstgegenstände wird keine planmäßige Abschreibung vorgenommen.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis EUR 400,00 werden im Jahr ihrer Anschaffung im Anlagespiegel als Zugang gezeigt und voll abgeschrieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände umfassen ausschließlich EDV-Software. Der Abschreibung wird eine Nutzungsdauer von drei bis vier Jahren zugrunde gelegt.

Besserungsschein

Im Rahmen der Kapitalisierungsvereinbarung mit der Republik Österreich und der KF vom 17. November 2009 verzichtete die KA gegenüber der KF planmäßig auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Dieser Besserungsschein sichert der KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen der KF im Ausmaß des Verzichtsbeitrags zuzüglich einer marktüblichen Verzinsung zu. Gleichzeitig schloss die KA eine Put-Vereinbarung mit einer Zweckgesellschaft ab, welche der KA das Recht einräumt, ihr den Besserungsschein mit Wirkung zum Ende der Ausübungsfrist, das ist der dritte Jahrestag des Tages des Eintritts der Rechtswirkungen der Spaltung (28. November 2012), zu einem Kaufpreis in Höhe des Verzichtsbeitrags

zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen, abzüglich auf den Besserungsschein geleistete Zahlungen, zu verkaufen. Weiters übernahm die Republik Österreich gegenüber der KA die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtungen der Zweckgesellschaft aus der Put-Vereinbarung über den Besserungsschein. Besserungsschein, Put-Option und Haftung als Bürge und Zahler der Republik sind zusammenhängende Bestandteile der Besserungsscheinstruktur im Rahmen des Restrukturierungsplans. Der bilanzielle Ansatz des Besserungsscheins nach UGB erfolgt unter den sonstigen Vermögensgegenständen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbeitrag passiviert.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Verbriefte Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert. Die im Zuge einer Emission anfallenden Kosten, die unmittelbar mit der Geldbeschaffung in Zusammenhang stehen, werden direkt in den Aufwand übernommen. Die weitere Differenz zwischen Emissionserlös und Rückzahlungsbetrag (Agio/Disagio) wird als Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert bzw. passiviert und als Zinskomponente über die Laufzeit ins Zinsergebnis linear verteilt.

Zerobonds werden nach der Nettomethode bilanziert.

Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen, Abfertigungsverpflichtungen und Jubiläumsgelder werden jährlich von einem unabhängigen Versicherungsmathematiker nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) in Übereinstimmung mit IAS 19 berechnet. Als biometrische Grundlagen wurden die „AVÖ 2008 P Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler“ in der Ausprägung für Angestellte herangezogen. Die wesentlichsten Parameter sind ein Rechnungszinssatz von 4,5 % (31.12.2009: 5,00 %), eine Steigerungsrate der Aktivbezüge und Pensionszahlungen von unverändert 2 %, ein Karrieretrend von unverändert 1,5 % sowie ein angenommenes Pensionsantrittsalter für Frauen von unverändert 60 Jahren und für Männer von unverändert 65 Jahren, unter Beachtung der Übergangsbestimmungen laut den Änderungen des ASVG gemäß Budgetbegleitgesetz 2003. Das Pensionsalter für Frauen wurde darüber hinaus unter Beachtung des „BVG Altersgrenzen“ angesetzt.

Die Pensionsanwartschaften sämtlicher aktiver Mitarbeiter/innen wurden auf eine Pensionskasse übertragen. Da-

her beinhalten die Rückstellungen für Pensionen nur Vorsorgen für das Risiko der Invalidität und für Witwenansprüche bei Aktivtod für zum Zeitpunkt der Übertragung bestandene Anwartschaften, Vorsorgen für Pensionszusagen, die das in der Pensionskasse angesammelte Deckungskapital übersteigen, sowie Vorsorgen für zum Zeitpunkt der Übertragung bestandene Pensionen. Die volle versicherungsmathematische Verpflichtung für Pensionen beträgt EUR 6.739.326,58 (31.12.2009: EUR 6.942.698,98), wovon Ansprüche in Höhe von EUR 931.560,57 (31.12.2009: EUR 2.324.653,65) in die Pensionskasse ausgelagert sind. Es ergibt sich somit – Überdeckungen in der Pensionskasse werden nicht angesetzt – ein Rückstellungsbetrag in Höhe von EUR 5.807.766,01 (31.12.2009: EUR 4.748.715,28). Alle versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden sofort ergebniswirksam gebucht.

Für Abfertigungsansprüche wurde eine Rückstellung in Höhe von EUR 1.974.140,47 (31.12.2009: EUR 1.913.319,09) und für Jubiläumsgeld in Höhe von EUR 210.153,16 (31.12.2009: EUR 170.019,56) gebildet.

Die Rückstellungen für am 1. Jänner 2010 bereits im Ruhestand befindliche ehemalige Dienstnehmer/innen oder deren Hinterbliebene beliefen sich auf EUR 2.901.132,87 (31.12.2009: EUR 2.848.341,70).

4. Erläuterungen zur Bilanz

Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind

In diesem Posten werden Wertpapiere öffentlicher Stellen, die bei der EZB refinanzierbar sind, ausgewiesen. Im Vorjahr wurden in diesem Posten lediglich österreichische Staatsanleihen gezeigt. Der geänderte Ausweis machte eine Anpassung der Vorjahreswerte notwendig.

Von den Schuldtiteln öffentlicher Stellen werden im Jahr 2011 Werte im Nominale von EUR 47.741.954,80 (2010: EUR 3.738.000,00) fällig.

Sonstige Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehenden Verbindlichkeiten.

Derivate

Swappeschäfte des Bankbuches werden in der KA ausschließlich zur Absicherung gegen Zinsänderungs- und/oder Währungsrisiken abgeschlossen, wobei die Absicherung entweder auf Einzelgeschäftsebene (Bewertungseinheit) oder durch Steuerung auf Gesamtbankebene (Makro-Hedge) erfolgt. Werden negative Swapmarktwerte am Bilanzstichtag nicht vollständig durch die gegenläufigen, zinsinduzierten Ertragseffekte der Grundgeschäfte kompensiert, so erfolgt für den verbleibenden negativen Wert die Bildung einer Drohverlustrückstellung. Die mit den Swapkontrakten verbundenen Zinsansprüche werden laufzeitkonform abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung brutto dargestellt.

Swappeschäfte des Handelsbuches werden mit ihren beizulegenden Zeitwerten nach der Barwertmethode (Abzinsung der zukünftigen Zahlungsströme) bewertet und unter den sonstigen Forderungen oder sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Es bestehen wie im Vorjahr keine Forderungen mit verbundenen Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Am Bilanzstichtag ist ein Volumen von EUR 1.027.911.550,99 (31.12.2009: EUR 1.006.842.639,38) dem Anlagevermögen und ein Volumen von EUR 8.106.945,14 (31.12.2009: EUR 10.807.052,22) dem Umlaufvermögen gewidmet.

Forderungen an Kreditinstitute

Die nicht täglich fälligen sonstigen Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
a) Bis 3 Monate	123.360.545,49	2.948.043.189,36
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	471.806.171,61	461.956.185,62
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	659.246.493,86	756.666.980,10
d) Mehr als 5 Jahre	56.028.861,51	55.149.814,85
Summe	1.310.442.072,47	4.221.816.169,93

Es wurden Vorsorgen gem. § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von EUR 4.500.000,00 (31.12.2009: EUR 0,00) gebildet und in dieser Position abgezogen. Diese sind mangels Zuordenbarkeit nicht in der Restlaufzeitenübersicht enthalten.

Die in diesem Posten enthaltenen Wertpapiere in Höhe von EUR 44.358.630,14 (31.12.2009: EUR 44.358.630,14) sind zur Gänze dem Anlagevermögen gewidmet.

In der Position „Forderungen an Kreditinstitute“ sind wie im Vorjahr keine Forderungen an verbundene Unternehmen, keine Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie keine Forderungen aus Wechseln enthalten. Zum 31. Dezember 2010 gibt es keine nachrangigen Forderungen.

Es sind Collaterals mit einem Buchwert von EUR 471.517.661,90 (31.12.2009: EUR 434.800.000,00) enthalten. Außerdem erhielt die KA Sicherheiten in Form von Darlehen und Wertpapieren im Nominale von EUR 527.083.574,45 (31.12.2009: EUR 631.321.778,01) im Zusammenhang mit Pensionsgeschäften.

Die Reduktion bei den „Forderungen an Kreditinstitute“ im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang von Zwischenveranlagungen bei der KF sowie der Reduktion des Interbankgeschäftes.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
Täglich fällige Forderungen	3.997.282,6	14.385.334,39
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	192.093.093,87	165.119.797,87
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	437.235.079,14	399.172.124,40
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.555.125.419,37	2.388.528.489,76
d) Mehr als 5 Jahre	6.924.793.228,85	6.841.732.065,66
	10.109.246.821,23	9.794.552.477,69
Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG	- 27.600.000,00	- 5.100.000,00
Summe	10.085.644.103,83	9.803.837.812,08

Es wurden Vorsorgen gem. § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von EUR 27.600.000,00 (31.12.2009: EUR 5.100.000,00) gebildet. Diese sind keinem Laufzeitband zuordenbar.

In der Position „Forderungen an Kunden“ sind wie im Vorjahr keine Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten. Es gibt keine Forderungen aus Wechseln (31.12.2009: EUR 736.552,68). Es bestanden wie im Vorjahr keine Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

In dieser Position sind keine nachrangigen Forderungen enthalten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Alle in der Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthaltenen Papiere sind börsennotiert.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im Jahr 2011 Werte in Höhe von EUR 181.841.330,22 (2010: EUR 42.086.500,05) fällig.

Am Bilanzstichtag war ein Volumen von EUR 873.480.724,47 (31.12.2009: EUR 776.973.761,06) dem Anlagevermögen gewidmet. Es gab in diesem Posten keine Wertpapiere, die dem Umlaufvermögen (31.12.2009: EUR 83.698.196,58) oder dem Handelsbuch (31.12.2009: EUR 20.895.843,84) gewidmet waren. Im Jahr 2010 erfolgte die Umwidmung eines Wertpapiers vom Umlauf- ins Anlagevermögen, nachdem eine ausdrückliche, dauernde Behalteabsicht für dieses Wertpapier besteht.

Eigene Emissionen werden in dieser Position mit einem Nominale von EUR 18.000.000,00 (31.12.2009: EUR 18.000.000,00) ausgewiesen.

Es bestehen wie im Vorjahr keine Forderungen mit verbundenen Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Keine der im Bestand befindlichen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind nachrangig.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Zusammensetzung der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (sämtliche sind nicht börsennotiert) einschließlich der Darstellung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ist Anlage 1 zu entnehmen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens

Die Entwicklung der Sachanlagen und der immateriellen Vermögensgegenstände wird im Anlagenspiegel (Anlage 2) dargestellt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Unter den „Sonstigen Vermögensgegenständen“ wird der Besserungsschein, welcher der KA von der KF im Zusammenhang mit dem Verzicht auf eine Geldmarktforderung gewährt wurde, in Höhe von EUR 1.047.461.430,83 (31.12.2009: EUR 1.003.702.777,78) ausgewiesen.

Weiters beinhaltet die Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ folgende wesentliche Posten: Zinsabgrenzungen von

Derivaten des Bankbuches in Höhe von EUR 235.867.519,02 (31.12.2009: EUR 239.207.003,09), Abgrenzungen zwischen Spot-Rate und Forward-Rate bei FX-Swaps in Höhe von EUR 65.691.641,00 (31.12.2010: EUR 717.013,39), Fremdwährungsbewertungen von Derivaten im Bankbuch in Höhe von EUR 49.568.348,67 (31.12.2009: EUR 23.085.712,71), die positiven Marktwerte der Derivate des Handelsbuches in Höhe von EUR 15.121.140,10 (31.12.2009: EUR 14.248.930,25) und Bauzinsforderungen von EUR 4.475.431,65 (31.12.2009: EUR 4.839.556,81).

In der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind Erträge in Höhe von EUR 293.197.931,76 (31.12.2009: EUR 271.592.998,09) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten hauptsächlich aktivierte Ausgabedisagios von begebenen Schuldverschreibungen in Höhe von EUR 23.803.700,28 (31.12.2009: EUR 33.449.524,54) bzw. abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften in Höhe von EUR 4.560.039,00 (31.12.2009: EUR 4.445.854,42).

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die nicht täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
a) Bis 3 Monate	407.842.791,52	1.401.138.990,63
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	167.408.076,68	445.952.550,42
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	192.985.884,51	127.297.707,82
d) Mehr als 5 Jahre	295.727.774,21	284.607.136,34
Summe	1.063.964.526,92	2.258.996.385,21

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Die KA hat für Globaldarlehen und sonstige Refinanzierungsmittel der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg, Wertpapiere und Kommunaldarlehen in Höhe von

EUR 511.253.676,51 (31.12.2009: EUR 424.575.156,00) als Sicherheit gestellt.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die nicht täglich fälligen sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2010	31.12.2009
a) Bis 3 Monate	783.806.405,79	525.008.995,39
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	354.036.302,42	57.903.981,83
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	49.130.466,30	78.000.000,00
d) Mehr als 5 Jahre	392.644.887,36	340.205.550,69
Summe	1.579.618.061,87	1.001.118.527,91

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind EUR 1.118.550,38 (31.12.2009: EUR 2.038.833,07) an Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Jahr 2011 werden von den begebenen Schuldverschreibungen Werte in Höhe von EUR 1.582.336.564,10 (31.12.2009: EUR 1.642.143.153,52), von den anderen verbrieften Verbindlichkeiten EUR 84.616.042,60 (31.12.2009: EUR 231.142.252,74) fällig.

Für zum 31. Dezember 2010 ausständige fundierte Emissionen der KA im Nominale von EUR 7.192.462.974,45 (31.12.2009: EUR 7.269.638.419,070) wurden Darlehen im Nominale von EUR 7.322.842.941,81 (31.12.2009: EUR 7.109.889.421,65) und Wertpapiere im Nominale von EUR 1.940.281.057,53 (31.12.2009: EUR 2.076.332.954,52) einem Deckungsfonds zugeführt, über welchen nur unter Zustimmung eines Regierungskommissärs verfügt werden kann.

Weiters ist in dieser Position eine staatsgarantierte Eigenemission mit einem Nominale von EUR 1.000.000.000,00 enthalten, die zur Refinanzierung des in der Kapitalisierungsvereinbarung vom 17. November 2009 enthaltenen Forderungsverzichts gegenüber der KF dient und deren Aufwand über die Verzinsung des Besserungsscheins abgedeckt wird.

In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Sonstige Verbindlichkeiten

In den „Sonstigen Verbindlichkeiten“ sind als wesentliche Positionen Zinsabgrenzungen von Derivaten in Höhe von EUR 177.530.886,47 (31.12.2009: EUR 179.285.222,46), Fremdwährungsbewertungen von Derivaten im Bankbuch in Höhe von EUR 52.638.507,91 (31.12.2009: EUR 23.195.342,24),

die negativen Marktwerte der Derivate des Handelsbuches in Höhe von EUR 15.087.237,15 (31.12.2009: EUR 14.788.607,25) sowie Abgrenzungen zwischen Spot-Rate und Forward-Rate bei FX-Swaps in Höhe von EUR 11.472.374,61 (31.12.2009: EUR 26.406,15) enthalten.

In der Position „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind Aufwendungen in Höhe von EUR 179.866.269,59 (31.12.2009: EUR 181.343.740,95) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passive Rechnungsabgrenzung beinhaltet Ausgabeagios von emittierten Schuldverschreibungen in Höhe von EUR 4.315.653,18 (31.12.2009: EUR 4.120.621,85), über die Laufzeit abgegrenzte Up-Front-Fees in Höhe von EUR 2.752.858,82 (31.12.2009: EUR 2.891.931,46) sowie Gebühren für Derivate in Höhe von EUR 19.414.840,94 (31.12.2009: EUR 27.326.166,46).

Rückstellungen

Die „Sonstigen Rückstellungen“ beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für personalbezogene Aufwendungen in Höhe von EUR 3.424.570,87 (31.12.2009: EUR 2.851.504,65), die Rückstellung für die erwartete kompensatorische Eigenleistung aus dem EU-Verfahren in Höhe von EUR 3.156.118,59 (31.12.2009: EUR 0,00) sowie Rückstellungen für Prüfungs-, Rechts- und Beratungsaufwand in Höhe von EUR 571.668,02 (31.12.2009: EUR 363.400,00).

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die „Nachrangigen Verbindlichkeiten“ umfassen zum 31. Dezember 2010 acht Emissionen im Nominale von insgesamt EUR 65.000.000,00 (31.12.2009: EUR 65.000.000,00). Sie weisen eine Verzinsung von 4,67 % bis 5,40 % p. a. auf und haben eine Restlaufzeit zwischen zehn und 37 Jahren. Im Jahr 2011 wird keine Emission fällig.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen des § 23 Abs. 8 BWG.

WP-Nummer	Zinssatz	Laufzeit bis	Währung	Nominale	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
XS0271821513	5,4000	30.10.2021	EUR	5.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	Nein
650439	4,6700	23.02.2022	EUR	10.000.000,00	Ausgeschlossen	Nein
650440	4,6700	23.02.2022	EUR	10.000.000,00	Ausgeschlossen	Nein
650444	5,0800	09.02.2037	EUR	10.000.000,00	Möglich	Nein
650446	5,0800	09.02.2037	EUR	800.000,00	Möglich	Nein
650447	5,0800	09.02.2037	EUR	10.200.000,00	Möglich	Nein
650441	5,0175	07.03.2047	EUR	10.000.000,00	Möglich	Nein
650442	5,0175	07.03.2047	EUR	9.000.000,00	Möglich	Nein

In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Ergänzungskapital

Das Ergänzungskapital umfasst zum 31. Dezember 2010 vier (31.12.2009: fünf) in Euro begebene Emissionen im Nominale von insgesamt EUR 11.677.451,77 (31.12.2009:

EUR 32.243.003,45). Sie weisen eine Verzinsung von 1,615 % bis 5,875 % p. a. auf und haben eine Restlaufzeit bis zu elf Jahren. Im Jahr 2011 wird eine Emission im Nominale von EUR 1.405.201,77 fällig.

Das Ergänzungskapital erfüllt die Bedingungen des § 23 Abs. 7 BWG.

ISIN	Zinssatz	Laufzeit bis	Währung	Nominale	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
AT0000329966	5,1875	30.09.2011	EUR	1.405.201,77	Ausgeschlossen	Nein
AT0000320890	5,8750	19.11.2012	EUR	1.812.750,00	Ausgeschlossen	Nein
XS0284217709	4,2600	08.02.2019	EUR	2.417.000,00	Ausgeschlossen	Nein
XS0270579856	1,615	25.10.2021	EUR	6.042.500,00	Emittent	Nein

Im Jahr 2010 wurden Emissionen im Nominale von EUR 20.565.551,68 vorzeitig getilgt.

Auf Basis des positiven Abschlusses des EU-Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission und der damit verbundenen Auflagen muss die KA anfallende UGB/BWG-Jahresüberschüsse als kompensatorischen Eigenbeitrag für erhaltene Staatshilfe an die Republik Österreich leisten. Dieser Aufwand führt im Einzelabschluss nach UGB/BWG zu einem Jahresergebnis nach Steuern von EUR 0,00. Daraus ergibt sich, dass das Ergänzungskapital für den Zeitraum 2010 sowie für weitere Jahre während der Gültigkeit dieser Vereinbarung, i. e. bis zum Closing der mittelfristig angestrebten Privatisierung, nicht bedient werden wird.

Partizipationskapital

Das Partizipationskapital umfasst zum 31. Dezember 2010 drei (31.12.2009: drei) in Euro begebene Emissionen im Nominale von insgesamt EUR 138.373.250,00 (31.12.2009: EUR 138.373.250,00).

Auf Basis des positiven Abschlusses des EU-Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission und der damit verbundenen Auflagen muss die KA anfallende UGB/BWG-Jahresüberschüsse als kompensatorischen Eigenbeitrag für erhaltene Staatshilfe an die Republik Österreich leisten. Dieser Aufwand führt im Einzelabschluss nach UGB/BWG zu einem Bilanzgewinn von EUR 0,00. Daraus ergibt sich, dass keine Bedienung des Partizipationskapitals für den Zeitraum 2010 sowie für weitere Jahre während der Gültigkeit dieser Vereinbarung, i. e. bis zum Closing der mittelfristig angestrebten Privatisierung, erfolgen wird.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital beträgt zum 31. Dezember 2010 EUR 225.337.092,86. Die Republik Österreich hält nunmehr 30.938.843 Stückaktien, das sind 99,78 % der Anteile, der Österreichische Gemeindebund hält 68.216 Stückaktien oder 0,22 % der Anteile. Jede Stückaktie ist am Grundkapital im gleichen Ausmaß beteiligt. Es gibt keine ausgegebenen und nicht voll eingezahlten Anteile. Jede Stückaktie repräsentiert einen Anteil von EUR 7,27 am Grundkapital. Es gibt keine genehmigten Anteile.

Nicht gebundene Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage blieb im Vergleich zum Vorjahr mit EUR 8.973.626,53 unverändert.

Gewinnrücklage

Die Gewinnrücklage blieb im Vergleich zum Vorjahr mit EUR 508.709,84 unverändert.

Hafrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG

Zum Bilanzstichtag beträgt die Hafrücklage unverändert zum Vorjahr EUR 27.297.017,96 und erfüllt die gesetzlichen Erfordernisse.

5. Positionen unter der Bilanz**Eventualverbindlichkeiten**

Der unter der Bilanz ausgewiesene Betrag betrifft ausschließlich Haftungskredite in Höhe von EUR 163.653.614,28 (31.12.2009: EUR 207.589.683,80).

Als Sicherheit für Verbindlichkeiten Dritter wurden zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres keine

Forderungen gegenüber Kreditinstituten oder andere Gläubiger verpfändet.

Kreditrisiken

Die Kreditrisiken betreffen offene Rahmen und Promessen aus dem laufenden Kreditgeschäft in Höhe von EUR 420.538.208,07 (31.12.2009: EUR 482.805.941,71).

6. Ergänzende Angaben**Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf fremde Währung lauten**

In der Bilanz sind Aktiva, die auf fremde Währung lauten, in Höhe von EUR 3.202.034.539,11 (31.12.2009: EUR 5.034.481.129,13) enthalten. Die Passiva in fremder Währung betragen EUR 4.067.688.946,260 (31.12.2009: EUR 4.819.134.941,50).

Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten

Die Aufwendungen für sämtliche nachrangige Verbindlichkeiten (einschließlich Ergänzungskapital) betragen im Berichtsjahr 2010 EUR 3.503.255,49 (31.12.2009: EUR 2.952.755,28).

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte

Zur Absicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken wurden folgende am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte im Bankbuch eingegangen:

31.12.2010 in EUR	Nominale	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
Zinsswaps	19.032.711.560	844.292.274	- 1.181.990.583
Währungsswaps	574.190.216	71.792.573	- 96.258.915
Devisentermingeschäfte	2.610.196.667	63.236.705	- 9.002.514
Summe	22.217.098.443	979.321.552	- 1.287.252.012

31.12.2009 in EUR	Nominale	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
Zinsswaps	19.367.391.950	694.771.458	- 993.640.589
Währungsswaps	794.631.781	32.858.378	- 49.400.527
Devisentermingeschäfte	27.457.060	725.327	- 24.867
Summe	20.189.480.791	728.355.163	- 1.043.065.983

Die barwertige Bewertung der Swaps (Interest-Rate-Swaps, Cross-Currency-Interest-Rate-Swaps, FX-Swaps) erfolgt in den Basissystemen auf Grundlage der Discounted-Cash-flow-Methode unter Verwendung aktueller Zinskurven. Dabei wird auch der Effekt durch Basisswap-Spreads berücksichtigt. Eingebettete Optionalitäten werden mithilfe geeigneter Optionsbewertungsmodelle bewertet. Dabei finden Hull-White- und Libor-Market-Modelle im Zinsbereich Anwendung, sowie Jarrow-Yildirim-Modelle für inflationsge linkte Derivate. Outright-Optionen sind keine vorhanden.

Als Sicherheit für negative Marktwerte an Derivatengeschäften wurden Guthaben bei Kreditinstituten mit einem Nominale von EUR 471.300.000,00 (31.12.2009: EUR 434.800.000)

gestellt. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind erhaltene Sicherheiten mit einem Nominale von EUR 51.520.000,00 (31.12.2009: EUR 0,00) enthalten.

Den negativen Marktwerten der Swaps stehen positive, zinsinduzierte Erträge der abgesicherten Grundgeschäfte gegenüber, weshalb auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung verzichtet werden konnte.

Handelsbuch

Die Volumen zum 31. Dezember 2010 bzw. zum 31. Dezember 2009 der im Handelsbuch enthaltenen Finanzinstrumente stellen sich wie folgt dar:

31.12.2010 in EUR	Kaufkontrakte	Verkaufskontrakte	Marktwert
Wertpapiere	0	0	0
Zinsswaps	178.562.433	178.562.433	33.904
Summe	178.562.433	178.562.433	33.904

31.12.2009 in EUR	Kaufkontrakte	Verkaufskontrakte	Marktwert
Wertpapiere	20.414.200	0	20.414.200
Zinsswaps	233.726.974	233.726.974	-539.677
Summe	254.141.174	233.726.974	19.874.523

Rechtsstreitigkeiten

Rechtsrisiken sind Verlustrisiken aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge (ggf. auch unverschuldeter oder unvermeidbarer) von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Ein Investor in Zertifikaten, die durch Tier-1-Instrumente der KA im Volumen von EUR 48,34 Mio. gedeckt sind, hat gerichtliche Schritte gegen mehrere Parteien, darunter hinsichtlich einiger Forderungen auch gegen die KA, eingeleitet. Es handelt sich bei den Tier-1-Instrumenten um Partizipationskapital (voll Verlust tragende Genussrechte), das ursprünglich von der KA alt begeben worden war und der KA im Zuge der Spaltung anteilig zugeteilt wurde. Die KA hält die Ansprüche des Investors für unbegründet.

Die Gesellschaft ist belangter Verband iSd Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes in einem laufenden Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Gesellschaftsorgane. Sollte ge-

richtlich festgestellt werden, dass die Gesellschaft iSd genannten Gesetzes für eine Straftat einer oder mehrerer dieser Personen verantwortlich ist, könnte über die Gesellschaft eine Verbandsgeldbuße verhängt werden. Dies ist derzeit nicht absehbar.

Sonstige Verpflichtungen

Im Zusammenhang mit der Abspaltung des Kernbankbetriebes der KA alt auf die KA besteht nach dem Spaltungsgesetz eine Haftung für die bis zur Eintragung der Spaltung im Firmenbuch des Handelsgerichts Wien (28. November 2009) begründeten Verbindlichkeiten. Nach dieser Regelung haftet die KA neben der Gesellschaft, der diese Verbindlichkeiten nach dem Spaltungsplan zugeordnet wurden (KF), bis zur Höhe des ihr zugeordneten Nettoaktivvermögens (Wert der der haftenden Gesellschaft zugeordneten aktiven Vermögensteile abzüglich Wert der ihr zugeordneten Verbindlichkeiten) als Gesamtschuldner. Für Verbindlichkeiten aus nachrangigen Anleihen der KF im Gesamtausmaß von EUR 13.453.456,68 haftet die KA ohne Beschränkung auf das Nettoaktivvermögen (§ 15 Abs. 3 SpaltG).

Aufgrund von Mietverträgen (mit verbundenen Unternehmen) ergeben sich im Jahr 2011 Verpflichtungen in Höhe von EUR 1.914.700,00. Die entsprechenden Verpflichtungen für die Jahre 2011 bis 2015 betragen voraussichtlich EUR 10.530.900,00.

Die KA ist gemäß § 93 BWG zur anteiligen Sicherung der Einlagen im Rahmen der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien, verpflichtet.

Latente Steuern

Vom Wahlrecht der Aktivierung von latenten Steuern gemäß § 198 (10) UGB in Höhe von EUR 475.582,96 (31.12.2009: EUR 348.136,95) wurde nicht Gebrauch gemacht.

7. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die vorliegende UGB-Gewinn- und Verlustrechnung der KA stellt das erste volle Geschäftsjahr für die KA nach der am 28. November 2009 erfolgten Trennung von der KF dar. Die Ergebnisse 2009 – welche sich aus dem Ergebnis der früheren Kommunalkredit Depotbank sowie dem Ergebnis der

KA für den Zeitraum 1. Juli 2009 bis 31. Dezember 2009 zusammensetzte – sind daher mit dem Ergebnis 2010 nur eingeschränkt vergleichbar.

1. Die wesentlichen GuV-Positionen stellen sich wie folgt dar:

a. Nettozinsertrag

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2010	2009
Kreditgeschäft	323.860.975,24	164.021.877,48
Bankveranlagungen	67.790.341,35	23.893.845,94
Festverzinsliche Wertpapiere	75.309.717,97	38.293.977,08
Swap-Ertrag	470.005.700,68	251.980.277,48
Summe Zinserträge	936.966.735,24	478.189.977,98

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in EUR	2010	2009
Einlagengeschäfte	-60.033.106,95	-20.217.970,73
Eigene Emissionen	-414.559.037,44	-219.404.804,31
Swap-Aufwand	-416.772.707,35	-227.723.152,25
Summe Zinsaufwendungen	-891.364.851,74	-467.345.927,29

b. Provisionsergebnis

Provisionserträge in EUR	2010	2009
Kreditgeschäft	1.840.959,82	869.085,32
Wertpapiergeschäft	162.592,33	601.587,20
Zahlungsverkehr	0,00	1.869,00
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	100.801,51	835.593,37
Summe Provisionserträge	2.104.353,66	2.308.134,89

Provisionsaufwendungen in EUR	2010	2009
Kreditgeschäft	-434.410,07	-305.507,36
Wertpapiergeschäft	-665.445,47	-79.120,45
Geld- und Devisenhandel	-271.896,41	-86.166,38
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	-71.397,67	-168.597,61
Summe Provisionsaufwendungen	-1.443.149,62	-639.391,80

c. Verwaltungsaufwand

Aufwendungen für Abfertigungen

In der Position „Aufwendungen für Abfertigungen“ und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen sind Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von EUR 240.690,71 (2009: EUR 40.846,0) enthalten.

Weiterverrechnete Verwaltungsaufwendungen

Die KA agiert als Dienstleister u. a. für die Kommunalkredit Public Consulting GmbH und seit der Spaltung auch für die KF. Die zu erbringenden Leistungen werden dabei in abgeschlossenen Service Level Agreements definiert. Für die erbrachten Leistungen wurden 2010 anhand von genauen Zeitaufzeichnungen der Mitarbeiter/innen anteilige Personal- und Sachkosten in Höhe von EUR 15.429.636,12 (2009: EUR 7.844.595,07) weiterverrechnet. Nach Berücksichtigung der Erlöse aus diesen Weiterverrechnungen, welche in der Position „Sonstige betriebliche Erträge“ dargestellt werden, verbleibt ein Verwaltungsaufwand von netto EUR 20.132.722,56.

d. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Auf Basis des positiven Abschlusses des EU-Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission und der damit verbundenen Auflagen, muss die KA anfallende UGB/BWG-Jahresüberschüsse als kompensatorischen Eigenbeitrag für erhaltene Staatshilfe an die Republik Österreich leisten. Der kompensatorische Eigenbeitrag beträgt rückwirkend für das Jahr 2010 EUR 3.156.118,59.

e. Kreditrisiko- und Bewertungsergebnis

Das Kreditrisiko- und Bewertungsergebnis im Jahr 2010 (Positionen 11 und 12 der Gewinn- und Verlustrechnung) in Höhe von EUR - 23.088.062,26 (2009: EUR 8.476.901,57) beinhaltet im Wesentlichen die Zuführung zur Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von EUR - 27.000.000,00 (2009: EUR - 5.100.000,00).

f. Steueraufwand

Der im Geschäftsjahr angefallene Steueraufwand betrifft ausschließlich den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb.

2. Gemäß § 237 UGB teilen sich die Umsatzerlöse der Bank in folgende geografische Märkte auf:

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2010	2009
Österreich	557.506.761,65	274.103.954,69
Westeuropa	270.054.364,12	143.467.823,82
Zentral- und Osteuropa	100.617.795,44	56.800.321,89
Übrige Welt	8.787.814,04	3.817.877,58
Summe	936.966.735,25	478.189.977,98

Provisionserträge in EUR	2010	2009
Österreich	1.018.920,17	2.308.134,89
Westeuropa	266.083,98	0,00
Zentral- und Osteuropa	819.349,51	0,00
Summe	2.104.353,66	2.308.134,89

Sonstige betriebliche Erträge in EUR	2010	2009
Österreich	15.810.395,60	6.339.170,36
Westeuropa	1.335.493,07	1.474.638,97
Zentral- und Osteuropa	52.131,75	373.840,98
Übrige Welt	0,00	903,24
Summe	17.198.020,42	8.188.553,55

8. Angaben über Organe und Arbeitnehmer

1. Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen während des Geschäftsjahres

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen beträgt 196 Personen (2009: im ersten Halbjahr bis zur Spaltung fünf; im Zuge der Spaltung übernahm die KA 204 Mitarbeiter/innen, die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer/-

innen im zweiten Halbjahr betrug 196). Alle Angaben sind inklusive zwei Vorständen und ohne karenzierte Mitarbeiter/innen; Teilzeitkräfte werden gewichtet dargestellt.

2. Bezüge, Vorschüsse und Kredite an Vorstand und Aufsichtsrat, Haftungen für diese Personen:

Gesamtbezüge in EUR	2010	2009
Aktive Vorstandsmitglieder*)	1.007.548,72	434.899,37
Aktive Aufsichtsratsmitglieder	22.500,00	0,00
Frühere Vorstandsmitglieder (vor 1997)	291.028,62	144.329,15
Summe	1.321.077,34	579.228,52

*) Vorjahr: Aufwand der Depotbank bis 17. November und Aufwand des Vorstands der KA ab 1. Juli 2009

Die aktiven Vorstandsmitglieder der KA leiten in Personalunion als Vorstände die KF. Bezüge in Höhe von EUR 580.952,59 (2009: EUR 209.882,44) wurden auf Basis des Service Level

Agreements an die KF weiterverrechnet. Damit betragen die in der KA verbleibenden Gesamtbezüge EUR 426.596,13 (2009: EUR 225.016,93).

Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen in EUR	2010	2009
Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte	2.013.643,47	648.769,55
Andere Arbeitnehmer	539.059,33	335.448,58
Summe	2.552.702,80	984.218,13

Zum 31. Dezember 2010 waren wie zum 31. Dezember 2009 keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates aushaftend. Für diese Personen bestanden auch keine Haftungen der KA.

3. Mitglieder des Vorstandes:

Mag. Alois Steinbichler, Vorsitzender des Vorstandes
Mag. Andreas Fleischmann, Mitglied des Vorstandes

4. Mitglieder des Aufsichtsrates:

KR Dr. Klaus Liebscher, Aufsichtsratsvorsitzender
KR Adolf Wala, stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Helmut Mödlhammer
Dir. Mag. Werner Muhm
Dir. Dipl.-Ing. Herbert Paiert
Dir. Mag. Georg Schöppl
Franz Hofer (vom Betriebsrat entsandt)
DI Martin Öhlknecht (vom Betriebsrat entsandt)
Christine Sipek (vom Betriebsrat entsandt)

Staatskommissär:
Dr. Edeltraud Lachmayer (seit 1. Juli 2010)
Mag. Elisabeth Ottawa (seit 1. Juli 2010)

Regierungskommissär:
Als Regierungskommissäre des Deckungsstockes für
fundierte Schuldverschreibungen waren 2010 bestellt:
Mag. Peter Istjan (seit 1. Juli 2010)
Mag. Peter Brandner (seit 1. Juli 2010)

9. Ergebnisverwendung

Auf Basis der Genehmigung des Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission und der damit verbundenen Auflagen muss die KA anfallende UGB/BWG-Jahresüberschüsse als kompensatorischen Eigenbeitrag für erhaltene Staatshilfe an die Republik Österreich leisten. Dieser Aufwand führt im Einzelabschluss nach UGB/BWG zu einem

Bilanzgewinn von EUR 0,00. Daraus folgt, dass keine Dividendenzahlungen für den Zeitraum 2010 sowie für weitere Jahre während der Gültigkeit dieser Vereinbarung, i. e. bis zum Closing der mittelfristig angestrebten Privatisierung, erfolgen werden.

10. Konzernbeziehungen

Die KA ist zu 99,78 % im Eigentum der Republik Österreich. Sie ist übergeordnetes Kreditinstitut einer Kreditinstitutsgruppe im Sinne des § 30 BWG.

Wien, 11. April 2011

Der Vorstand der Kommunalkredit Austria AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Zusammensetzung der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen zum 31. Dezember 2010

Name und Sitz	Kapitalanteil 31.12.2010 in %	Eigenkapital 31.12.2010 in EUR 1.000
I. Beteiligungen		
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien	0,10 %	1]
II. Anteile an verbundenen Unternehmen		
Kommunalkredit Beteiligungs- und Immobilien GmbH, Wien	100,00 %	15.566,5
Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien	90,00 %	945,7
Kommunalkredit Vermögensverwaltungs GmbH, Wien	100,00 %	1]

¹⁾wegen Unwesentlichkeit nicht dargestellt

Anlagenpiegel gemäß § 226 (1) UGB per 31. Dezember 2010

Anlagevermögen in EUR	Stand 1.1.2010	Fremdwährungs- umrechnung	Stand 1.1.2010	Zugänge
1. Schuldtitel öffentlicher Stellen	989.925.444,09	5.938.038,02	995.863.482,11	20.867.899,40
2. Forderungen an Kreditinstitute	44.000.000,00	0,00	44.000.000,00	0,00
3. Forderungen an Kunden	1.142.360.276,06	76.151.567,01	1.218.511.843,07	24.324,48
4. Schuldverschreibungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	760.657.823,51	28.031.024,22	788.688.847,73	193.970.008,13
5. Beteiligungen	70,00	0,00	70,00	0,00
6. Anteile an verbundenen Unternehmen	6.339.848,12	0,00	6.339.848,12	0,00
7. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0,00	0,00	2.545.425,78	194.544,55
8. Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	0,00	2.347.546,55	14.136,98
	2.943.283.461,78	110.120.629,25	3.058.297.063,36	215.070.913,54

Anschaffungskosten 31.12.2010 in EUR 1.000	Buchwert 31.12.2010 in EUR 1.000	Kumulierte Abschreibung in EUR 1.000	Periodenüberschuss nach Steuern 31.12.2010 in EUR 1.000	Letzter geprüfter Jahresabschluss
0,0	0,0	0,0	1)	-
5.943,3	5.943,3	0,0	1.031,5	31.12.2010
346,5	346,5	0,0	278,5	31.12.2010
50,0	50,0	0,0	1)	-

Abgänge	Stand 31.12.2010	Kumulierte Abschreibungen 2010	Buchwert 31.12.2010	Buchwert 31.12.2009	Abschrei- bungen 2010	Zuschrei- bungen 2010
5.046.418,27	1.011.684.963,24	7.252.226,93	1.004.432.736,31	984.598.510,16	2.114.753,23	2.436,02
0,00	44.000.000,00	0,00	44.000.000,00	44.000.000,00	0,00	0,00
66.268.711,52	1.152.267.456,03	33.106.413,53	1.119.161.042,50	1.140.802.486,34	522.825,41	0,00
127.061.085,42	855.597.770,44	-3.558.585,30	859.156.355,74	763.112.387,41	5.599,90	0,00
0,00	70,00	0,00	70,00	70,00	0,00	0,00
0,00	6.339.848,12	0,00	6.339.848,12	6.339.848,12	0,00	0,00
108.321,62	2.631.648,71	2.465.657,97	165.990,74	92.259,45	120.402,54	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25.619,90	2.336.063,63	424.997,03	1.911.066,60	1.919.433,14	22.503,52	0,00
198.510.156,73	3.074.857.820,17	39.690.710,16	3.035.167.110,01	2.940.864.994,62	2.786.084,60	2.436,02

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Kommunalkredit Austria AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2010 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2010, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beach-

tung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch, um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2010 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2010 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, 11. April 2011

PwC INTER-TREUHAND GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Dipl.-Ing. Mag. Friedrich Rödler
Wirtschaftsprüfer



Dipl.Kfm.Univ. Dorotea-E. Rebmann
Wirtschaftsprüfer

ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Kommunalkredit Austria AG Jahresabschluss 2010

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss der Kommunalkredit Austria AG ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und

die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Der Vorstand der Kommunalkredit Austria AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, April 2011

Kommunalkredit Austria AG
Türkenstraße 9, 1092 Wien
Tel.: +43 (0) 1/31 6 31
www.kommunalkredit.at